



Bulletin 2018



Wie weiter nach der „Urkatastrophe“?

1918 in der Schweiz, in Polen, Jugoslawien, der Ukraine und dem Osmanischen Reich

Friedensschlüsse

Ideen für den Geschichtsunterricht

Standpunkte • Rezensionen

Neue Rubriken im Bulletin

Inhalt

Editorial	3
ARTIKEL	
1918 in der Schweiz: Gespaltenes Land <i>Daniel Artho</i>	5
1918 in Polen: „Polen – das heisst Nirgendwo“ und ist doch überall <i>Sebastian Bott</i>	11
1918 in Jugoslawien: Aus den Träumen erwacht <i>Daniela Zunzer</i>	15
1918 in der Ukraine: Eigenstaatlichkeit auf Widerruf <i>Andreas Kappeler</i>	21
1918 im Osmanischen Reich: Talat Pascha und das Wetterleuchten autoritärer Herrschaft <i>Hans-Lukas Kieser</i>	25
STANDPUNKTE	
Was ist guter Geschichtsunterricht? <i>Peter Gautschi</i>	29
<i>Hanna Müller, Noemi Ritzmann, Louise Roos</i>	31
UNTERRICHTSIDEEN	
Der Versailler Friedensvertrag, 28. Juni 1919 <i>Martin Pryde</i>	32
Die Verträge von Évian 1962 – das Ende des Algerienkrieges <i>Valentin Schönherr</i>	36
REZENSIONEN	
Jiddischland blieb Utopie	42
Kurz, aber heftig und wirksam	45
VSGS	
Mediterranean Dialogues – Bericht von der Euroclio-Jahrestagung in Marseille 2018	47
Jahresbericht des Vorstandes 2017/18	49
Jahresrechnung 2017/18	51
Generalversammlung des VSGS vom 23. November 2018, Traktandenliste	52
Hohenems – Einladung zu unserer Vereinsexkursion inkl. GV	53

Impressum:

Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer VSGS

www.histomat.ch

Kontakt: info@histomat.ch

Redakteur dieses Bulletins: Valentin Schönherr, valentin.schoenherr@mng.ch

Foto Titelseite: Die Waffenablieferung in Berlin. Abgabe eines Maschinengewehres 1918.

akg-images / Universal Images Group

Editorial

Liebe Mitglieder des VSGS

In den letzten Jahren hat sich unser Bild vom Ersten Weltkrieg fundamental gewandelt. Stand dieser Krieg bis vor kurzem noch ganz im Wahrnehmungsschatten des Zweiten Weltkriegs, ist unser Wissen mittlerweile reicher, sind unsere Deutungen differenzierter geworden. Dies gilt auch für das Jahr 1918. Viel stärker als bisher ist uns ins Bewusstsein gerückt, dass „1918“ keineswegs ein generelles Kriegsende bezeichnet. Ja, an einigen Fronten schwiegen die Waffen. Aber an anderen wurde der Krieg fortgesetzt, insbesondere im Osten und Südosten Europas. Und auch die Gesellschaften der nun nicht mehr am Krieg beteiligten Nationen gelangten nicht von einem Moment auf den anderen zurück ins zivile Leben. Dass Ende 1918 wirklich Frieden herrschte, war eher die Ausnahme als die Regel.

Fünf Länderbeiträge in diesem Bulletin versuchen dem Rechnung zu tragen. Uns ist wohl bewusst, dass wir mit Länderbeiträgen diesem vielfach europäisch (und darüber hinaus auch global) verflochtenen Geschehen nicht wirklich gerecht werden. Zugleich aber stellt die Chiffre „1918“ für eine Reihe neu entstehender Nationalstaaten im öffentlichen Bewusstsein eine Zäsur dar. Diesem Tatbestand ist das Konzept dieses Bulletins verpflichtet. In der Schweiz lautete die Frage anders, aber sie war nicht weniger wesentlich: Wo stand diese Republik am Ende des Krieges? Wie tief war der Einschnitt des Landesstreiks, wie bedeutend waren die Kontinuitäten?

Wieder ist es gelungen, für die einzelnen Beiträge sowohl namhafte Fachleute aus der akademischen Welt – Andreas Kappeler, Hans-Lukas Kieser, Daniel Artho – wie auch engagierte und spezialisierte Lehrpersonen aus Schweizer Gymnasien – Daniela Zunzer, Sebastian Bott – gewinnen zu können. Wir danken allen, die zum Gelingen beigetragen haben, sehr herzlich.

Auch in diesem Bulletin wird es zwei Beiträge mit Unterrichtsideen geben: einen zum Versailler Vertrag von 1919, einen zu den Verträgen von Évian, mit denen 1962 der Algerienkrieg beendet wurde. „Friedensschlüsse“ sind das übergeordnete Thema, und wir hoffen, sowohl inhaltlich als auch methodisch die eine oder andere Idee zu liefern, die Ihnen im Unterrichtsalltag nützlich ist.

Mit dieser Ausgabe führen wir zudem zwei neue Rubriken ein. Mit den „Standpunkten“ wollen wir künftig Themen diskutieren, die uns in der beruflichen Praxis umtreiben. Wir beginnen ganz grundsätzlich und haben den Fachdidaktiker Peter Gautschi sowie eine Gruppe von Schülerinnen der Kantonsschule Schaffhausen gebeten, ihre Meinung zur alten und jeden Tag neuen Frage zu geben: Was ist das eigentlich, guter Geschichtsunterricht?

Zudem gibt es neu einige Rezensionen über ausgewählte Neuerscheinungen. Es wird uns allen ähnlich gehen – die Zeit zum Lesen ist leider beschränkt, die Zahl der Bücher hingegen, die man gern lesen würde, tendiert gegen unendlich. Vielleicht helfen hier einige Empfehlungen weiter.

Schliesslich berichten wir von der diesjährigen Jahrestagung des europäischen Geschichtslehrerverbands Euroclio und stellen einige Dokumente aus der Vereinstätigkeit zur Verfügung.

Wie immer interessieren wir uns sehr und sind dankbar für Ihre Rückmeldungen, lobende wie kritische. Insbesondere wüssten wir gern, ob die beiden neuen Rubriken „Standpunkte“ und „Rezensionen“ auf Ihr Interesse stossen und was Ihnen sonst noch im Bulletin fehlt. Gern können Sie sich direkt per Mail an uns wenden unter:

vsgs-vorstand@histomat.ch

Wir freuen uns, dass auch dieses Jahr aus Sicht des Vorstandes gut verlaufen ist. Den entsprechenden Jahresbericht finden Sie im Bulletin, und auch für das nächste Vereinsjahr stehen einige spannende Themen an. Sei es die Revision des Rahmenlehrplans oder die Einführung des Faches Informatik – die Arbeit wird uns sicher nicht ausgehen.

In der Hoffnung, möglichst viele von Ihnen am 23. und 24. November 2018 auf der Exkursion nach Hohenems und der Generalversammlung zu sehen, und mit den besten Wünschen für Ihren beruflichen wie persönlichen Alltag und eine anregende Bulletin-Lektüre grüssen herzlich

Martin Pryde
Präsident VSGS

Valentin Schönherr
Vorstand VSGS, Bulletin-Redakteur

Gespaltenes Land

1918 in der Schweiz: Die Konflikte um den Landesstreik blieben noch lange ungelöst

Daniel Artho

Die neutrale Schweiz wurde in militärischer Hinsicht vom Kriegsgeschehen weitestgehend verschont. Dennoch ging der globale Konflikt nicht spurlos an ihr vorbei. Im Landesstreik vom November 1918 kulminierten die Konflikte, die sich bereits während des Kriegs zugespitzt hatten.

Während des Weltkriegs war ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung wirtschaftlichen und sozialen Nöten ausgesetzt, die mit denjenigen in kriegführenden Ländern nahezu vergleichbar waren. So schrumpfte die Kaufkraft der lohnabhängigen Bevölkerung während der Kriegsjahre derart stark, dass 1918 gegen 700'000 Menschen – rund ein Sechstel der damaligen Schweizer Bevölkerung – unterhalb der Armutsgrenze lebten und auf staatliche Notstandsunterstützung angewiesen waren.¹

Eine massiv auseinanderklaffende soziale Schere, Versorgungsprobleme und eine ungenügende Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten führten in der Schweiz gegen Kriegsende zu schweren politischen Spannungen. Den Folgen von Lohnabbau, Preisanstieg, Wohnungsnot und Ressourcenknappheit nahezu schutzlos ausgeliefert, beehrten 250'000 Arbeiterinnen und Arbeiter vom 12. bis 14. November 1918 in einem landesweiten Ausstand auf. Mit diesem in der Schweizergeschichte einzigartigen politischen Massenstreik versuchte die Streikleitung – das Oltener Aktionskomitee (OAK) – unter Umgehung des parlamentarischen Wegs ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Verlangt wurde die Umbildung des Bundesrats unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen² und die Verpflichtung der neuen Landesregierung auf folgendes Programm: 1. Sofortige Neuwahl des Nationalrats auf Grundla-

ge des Proporz. 2. Aktives und passives Frauenwahlrecht. 3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. 4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen. 5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres. 6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten. 7. Alters- und Invalidenversicherung. 8. Staatsmonopole auf Import und Export. 9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Diese Forderungen, die auf eine stärkere politische Partizipation, soziale Sicherheit und eine gerechtere Lastenverteilung abzielten, werfen ein eindrückliches Schlaglicht auf die Lage der Schweiz im November 1918. Im vorliegenden Beitrag werden daher anhand der Ursachen und Folgen des Landesstreiks sowie der mit ihm verknüpften Forderungen Antworten auf die Frage geliefert, wo die Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs stand.

Der Krieg verschärft den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft, Bauern und Bürgertum

Der Erste Weltkrieg brachte für die Schweiz eine Wende vom Liberalismus zum Staatsinterventionismus. Der Bundesrat regierte während der Kriegszeit mit ausserordentlichen Vollmachten, die ihm das Parlament am 3. August 1914 gewährt hatte. Die parlamentarische Kontrolle ging damit weitgehend verloren, und der Bundesrat machte von seinen neuen legislativen Kompetenzen regen Gebrauch. Die Bundesbehörden griffen immer stärker in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ein, was zu einer Aufblähung der Bundesbürokratie, vermehrter Kooperation mit der Privatwirtschaft und zu zentralistischen Tendenzen führte.³ Im Sinne einer Politik des Burgfriedens hatte auch die Sozialdemokratische

¹ Vgl. dazu Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 136.

² Gemeint ist die Umbildung des Bundesrats unter proportionaler Berücksichtigung der Wähleranteile der Parteien, wodurch auch die Sozialdemokratie erstmalig in die Landesregierung eingezogen wäre.

³ Schneider, Oliver: Diktatur oder Bürokratie? Das Vollmachtenregime des Bundesrats im Ersten Weltkrieg, in: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18: Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 48–71.



Abb. 1 Ein wenig bekanntes Denkmal: „Hungerdenkmal“ in Zürich-Wipkingen, errichtet 1950. Es erinnert an die Lebensmittelrationierungen in der Schweiz im Ersten Weltkrieg.

(Foto: Paebi / Wikimedia Commons)

Partei (SP) dem temporären Notverordnungsrecht zugestimmt.

Da die importabhängige Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht völlig unvorbereitet war, geriet sie nach Kriegsbeginn zunehmend in Versorgungsschwierigkeiten. Eine voranschreitende Teuerung und eine ungleiche Verteilung der Kriegslasten führten zudem zu grossen Spannungen und zur Verarmung der Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung. Vom erhöhten Bedarf der kriegführenden Mächte profitieren konnten hingegen besonders exportorientierte Branchen wie die Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie, die chemische Industrie oder die Ernährungs- und Genussmittelindustrie. Daneben konnten auch die international tätigen Banken und Versicherungen ihre Stellung massiv ausbauen.⁴ Nicht zuletzt erfreute sich auch die Landwirtschaft eines kriegsbedingten

⁴ Rossfeld, Roman: «Rechte hat nur, wer Kraft hat.» Anmerkungen zur Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, ebd., S. 145–147.

Konjunkturochs. Da die Bauern als Produzenten einen Teil ihres Nahrungsmittelbedarfs selbst herstellten, waren sie versorgungstechnisch bevorteilt. Daneben profitierten viele Landwirte von den steigenden Lebensmittelpreisen, was den bereits bestehenden Stadt-Land-Gegensatz verschärfte.⁵ Obwohl der Bundesrat autoritär regieren konnte, verzichtete er auf eine langfristige Kriegsplanung und vernachlässigte Massnahmen zur Versorgung der lohnabhängigen Bevölkerungsschichten. Dagegen hob er das Fabrikgesetz auf, was den Unternehmern die Möglichkeit gab, die Arbeitszeiten zu verlängern und Überstunden nicht zu entlönnen. Über die bundesrätlichen Massnahmen, die nicht erfahrungsbasiert waren und daher generell zu spät kamen oder zu einseitig ausfielen, schrieb der Journalist und Zeitzeuge Paul Schmid-Ammann 1968: „Der Bundesrat erliess eine Verordnung gegen den Wucher und Ausfuhrverbote für Getreide, Mehl, Hafer, Futtermittel und Tiere. Er führte ferner das Getreidemonopol und andere Handelsmonopole ein, die zum Teil in den Händen privater Unternehmerverbände lagen und an denen reichlich verdient wurde. Eine wirksame

Preiskontrolle gab es nicht, auch keine Rationierung der Lebensmittel. Wer Geld hatte, konnte kaufen und hamstern. Die Preise gingen rasch in die Höhe. Die Wucherverordnung erwies sich als unwirksam. Spekulanten und Schieber erlebten gute Tage. Die Industrie erzielte nach anfänglicher Stockung wachsende Gewinne. So verschärften sich die sozialen Gegensätze mehr und mehr.“⁶

Aus Protest gegen die ungenügenden und einseitigen behördlichen Massnahmen scherte die SP bereits 1915 aus dem Burgfrieden aus, radikalisierte sich und verfolgte einen strengen Oppositionskurs. Der Bundesrat begann dennoch erst gegen Ende des Kriegs, in die Preisbildung, die Produktion und die Vertei-

⁵ Kreis, Georg: Insel der unsicheren Geborgenheit: die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918, Zürich 2014, S. 172.

⁶ Schmid-Ammann, Paul: Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen, sein Verlauf, seine Folgen, Zürich 1968, S. 31f.

lung von Lebensmitteln einzugreifen.⁷ Erst ab dem dritten Kriegsjahr wurden die wichtigsten Lebensmittel rationiert, und erst im August 1918 schuf der Bundesrat ein eidgenössisches Ernährungsamt.⁸ Besonders ab 1917 – die Reallohnverluste erreichten mittlerweile 25 bis 30 % – kam es daher vermehrt zu Teuerungs-, Markt- und Hungerdemonstrationen, bei denen sich besonders die Arbeiterinnen hervortaten.⁹ Parallel zur Verarmung breiter Bevölkerungsteile war es in den Kriegsjahren zu einem massiven Aufstieg der Gewerkschaften gekommen. Die Mitgliederzahlen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) stiegen von 65'000 nach Kriegsausbruch bis auf 223'000 im Jahr 1920.¹⁰ Das Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber den Bundesbehörden erreichte einen Tiefpunkt.

„Es ist das Minimum dessen, was das werktätige Volk zu verlangen berechtigt ist.“ – Die Forderungen des OAK im zeitgeschichtlichen Kontext

„Die Erfahrungen haben gezeigt, dass auf dem Wege von Verhandlungen wirksame Zugeständnisse von Behörden nicht zu erlangen sind. Sie haben Verständnis für die Interessen der Besitzenden; sie schonen die Preistreiber und Spekulanten und versagen dem arbeitenden Volke den Schutz. Das Volk muss sich selbst helfen, will es nicht weiterhin den Reichen und Mächtigen ausgeliefert bleiben.“¹¹ Mit diesen Worten begründete das OAK seine Landesstreikforderungen. In der Tat hatten sich am Ende des Ersten Weltkriegs die Wirtschaftsverbände der Industrie, der Landwirtschaft und des Finanzsektors unverrückbar als entscheidender Faktor in der Politik festgesetzt und waren mit der stark angewachsenen Bundesadministration sowohl personell als auch institutionell verflochten.¹² SP und Ge-

werkschaften hingegen, die als Vertreter der Arbeiterschaft nur ungenügend in die staatlichen Entscheidungsgremien integriert waren und auf parlamentarisch-demokratischem Weg angesichts des Vollmachtenregimes und des für sie nachteilhaften Majorzwahlrechts im Nationalrat nicht vorwärtskamen, begannen ihre Anliegen vermehrt auf die Strasse zu tragen und den politischen Streik als Druckmittel in Erwägung zu ziehen.

Eine Chance zur politischen Integration bot sich mit der Proporzinitiative, die am 13. Oktober 1918 – einen Monat vor dem Landesstreik – mit 66.8 % angenommen wurde.¹³ Die SP sah darin eine Absage an die bestehende Regierung und forderte daher im Landesstreik eine Anpassung an die neuen Kräfteverhältnisse. In den vorgezogenen Parlamentswahlen von 1919, bei denen erstmals der Nationalratsproporz zur Anwendung kam, büsste der Freisinn (FDP) seine absolute Mehrheit im Nationalrat ein und kam neu auf 60 von insgesamt 189 Sitzen. Die SP konnte ihre Sitzanzahl nahezu verdoppeln und stellte neu 41 Nationalräte. Ihr Einfluss blieb jedoch aufgrund des entstehenden Bürgerblocks gering. Grosse Sieger der ersten Wahlen nach dem Krieg waren die neu entstandenen Bauern- und Bürgerparteien (die spätere BGB), die ihre Sitzzahl von 4 auf 29 erhöhen konnten. Die Katholisch-Konservativen (KVP) verloren einen Sitz und kamen neu auf 41 Mandate, erhielten aber einen zweiten Bundesratsstiz.¹⁴ Zur Umbildung der Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen kam es in der Folge nicht. Ab 1920 regierten zwei Bundesräte der KVP neben fünf Vertretern der FDP.

Als weitere Forderung nach einer Demokratisierung ist das aktive und passive Frauenwahlrecht zu betrachten. An diesem Punkt kreuzten sich die Konfliktlinien von Geschlechterkampf und Klassenkampf. Bürgerliche Frauenverbände, so etwa die Zürcher „Union für Frauenbestrebungen“, forderten zwar das Frauenwahlrecht, lehnten aber den Landesstreik getreu der bürgerlichen Deutung als undemokratisch ab.¹⁵ In der Frauenfrage

⁷ Cottier, Maurice: Liberalismus oder Staatsintervention: die Geschichte der Versorgungspolitik im Schweizer Bundesstaat, Zürich 2014, S. 74f.

⁸ Schmid-Ammann: Die Wahrheit über den Generalstreik, 1968, S. 61.

⁹ Kreis: Insel der unsicheren Geborgenheit, 2014, S. 172–182.

¹⁰ Jost, Hans Ulrich: Bedrohung und Enge (1914–1945), in: Im Hof, Ulrich; Mesmer, Beatrix (Hg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 2006, S. 766.

¹¹ «An das arbeitende Volk der Schweiz!» Flugblatt des Oltener Aktionskomitees, Bern, 11.11.1918.

¹² Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, 2015, S. 140, 159.

¹³ Sigg, Oswald: Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892–1939, Bern 1978, S. 114f.

¹⁴ Kreis: Insel der unsicheren Geborgenheit, 2014, S. 190.

¹⁵ F., M.: Zum Generalstreik, in: Frauenbestrebungen. Organ der deutsch-schweizerischen Frauenbewegung, 1.12.1918, S. 89f.

brachte der Krieg in der Schweiz keine Wende. Die Bemühungen zahlreicher Frauenverbände, die ihren Beitrag zur Kriegswirtschaft und zum Soldatenwohl – unter anderem mit einer „Nationalen Frauenspende“ – geleistet hatten, fanden im konservativen Klima der Zwischenkriegszeit keine politische Anerkennung.¹⁶

Die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitspflicht stand im Kontext der zeitgenössischen Empörung gegen „arbeitslose Einkommen“. Sogenannte „Schieber“ und „Wucherer“, die in der Zeit der kriegsbedingten Ressourcenknappheit, Wohnungsnot und Inflation von Zinsen und anderen Formen des Wertzuwachses – etwa auf Immobilien oder Lebensmittel – lebten, verschlimmerten die Not der lohnabhängigen Bevölkerung.

Die Einführung der 48-Stunden-Arbeitswoche war angesichts des ausser Kraft gesetzten Fabrikgesetzes ein Hauptanliegen der Arbeiterbewegung. Bundesrat und Arbeitgeberverbände schreckten lange vor dieser Konzession zurück, da sie für die Exportindustrie Wettbewerbsnachteile befürchteten. Obwohl der Landesstreik unter dem Druck von Bundesrat und Armee bedingungslos abgebrochen wurde, zeigten sich im Nachgang zahlreiche Exponenten der bürgerlichen Parteien offen für soziale Reformen zur Befriedung der polarisierten Gesellschaftsverhältnisse. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die Versorgungslage sich auch nach Kriegsende nicht unmittelbar verbesserte und die Streiktätigkeit nach wie vor hoch war.¹⁷ Bundesrat und Arbeitgeberverbände gaben daher 1919/20 dem anhaltenden Druck von unten nach und erfüllten mit der 48-Stunden-Arbeitswoche eine zentrale Landesstreikforderung, wobei anzufügen ist, dass dieser Schritt erst vollzogen wurde, nachdem zahlreiche Industriestaaten und eine internationale Vereinbarung vorangegangen waren.¹⁸

In der kurzen Phase des sozialpolitischen Aufbruchs nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde auch der Versicherungsgedanke – namentlich die Einführung einer Alters-, Invalidi-

täts- und Hinterlassenenversicherung (AHV/IV) – aufgegriffen. Die siebte Forderung des OAK entsprang den sozialen Risiken, die mit der wachsenden Lohnabhängigkeit der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft entstanden waren. Diese riss immer mehr Menschen aus den althergebrachten Vorsorgenetzen ihrer örtlichen Solidargemeinschaften heraus. Bei Kriegsende hatte sich ein überparteilicher Konsens zur Lösung des Problems durch staatliche Sicherungsmassnahmen herausgebildet, der jedoch an Fragen der Finanzierung und der Nachkriegsrezession scheiterte. Ein entsprechender Verfassungsartikel wurde zwar 1925 vom Volk angenommen, aber erst 1948 in Form einer AHV verwirklicht.¹⁹ Die IV wiederum folgte erst 1960 nach.

Die Forderung nach einer Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres ergab sich aus dem geringen Ansehen, das die Armee besonders innerhalb der Unterschichtsbevölkerung genoss. Standesdünkel und Soldatenschinderei hatten das Militär zunehmend in Verruf gebracht. Besonders schwer wog der Umstand, dass neben dem kargen Sold kein staatlicher Erwerb ersatz ausgezahlt wurde, sodass zahlreiche Wehrmannsfamilien temporär ohne Einkommen blieben und in wirtschaftliche Not gerieten. Die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten für Soldaten aus einfacheren Bevölkerungskreisen zeigten die Klassengegensätze auch innerhalb der Armee auf und nährten die Forderung nach einer Demokratisierung der Armee mit mehr Rechten für einfache Soldaten. Mit dem Übergang in die Friedenszeit rückte diese Forderung bald wieder in den Hintergrund. Im Zweiten Weltkrieg machten die Einführung einer Lohn- und Verdienstersatzordnung sowie ein Mentalitätswandel im Bereich der militärischen Führung, der einen Abbau des Standesdünkels förderte und die Beziehungen zwischen Offizieren und Soldaten verbesserte, den Militärdienst wieder populärer.

¹⁶ Vgl. Joris, Elisabeth; Schumacher, Beatrice: Helfen macht stark. Dynamik im Wechselspiel von privater Fürsorge und staatlichem Sozialwesen, in: Rossfeld; Buomberger; Kury (Hg.): 14/18, 2014, S. 315–335.

¹⁷ Cottier: Liberalismus oder Staatsintervention, 2014, S. 79.

¹⁸ Jost: Bedrohung und Enge (1914–1945), 2006, S. 769.

¹⁹ Ruoss, Matthias: Fürsprecherin des Alters. Geschichte der Stiftung Pro Senectute im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917–1967), Zürich 2015, S. 35f.

Die Forderungen nach einer gesicherten Lebensmittelversorgung sowie nach Staatsmonopolen auf Import und Export zur Ausschaltung von Spekulation und Preistreiberei resultierten direkt aus der wirtschaftlichen Not der lohnabhängigen Bevölkerung. Mit der Forderung nach der Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden wollte man diejenigen Kreise treffen, die während der Kriegszeit massive Vermögen angehäuften. Die geforderte Vermögensabgabe wurde damit begründet, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten aufgrund der Entbehrungen der Kriegsjahre ihren Beitrag bereits geleistet hatten und nun die Oberschicht mit der Sanierung des Bundeshaushalts einen Ausgleich zugunsten der Unterschicht entrichten sollte. Die geforderte Umverteilungsmassnahme kam 1922 in Form einer Volksinitiative, welche die reichsten 0.6 % der Bevölkerung betroffen hätte, vor das Volk und wurde mit einem historischen Nein von 87 % verworfen.²⁰

1918 und die Folgen – Der Landesstreik hinterlässt eine gesplante Schweiz

Die Konfrontation zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum belastete das politische und gesellschaftliche Klima in der Zwischenkriegszeit massiv. Auf Seiten des Bürgertums zog der Landesstreik ein verhängnisvolles Revolutionsnarrativ nach sich, das in der Folge als geschichtspolitisches Argument gegen die SP eingesetzt wurde und diese als landesverräterische Umsturzpartei stigmatisierte. Der dominanten bürgerlichen Deutung zufolge hatte der Landesstreik den Auftakt zum Revolutionsversuch gebildet. Dieser sei auf Geheiss Lenins in Moskau beschlossen und von dort finanziert worden. Die vom OAK aufgestellten Forderungen seien ein Köder gewesen, um möglichst viele Arbeiterinnen und Arbeiter zu verführen und für den bolschewistischen Umsturz zu gewinnen. Dass ein Grossteil der Akten zum Landesstreik im Bundesarchiv einer 50-jährigen Sperrfrist unterlag, trug wesentlich zur Legendenbildung um das Ereignis bei. Erst 1968 konnte das lan-



Abb. 2 Das Abstimmungsplakat von 1922 zur Initiative „für die Einmalige Vermögensabgabe“ verwendet die Bolschewismusangst von 1918 als Argument. Die Initiative wurde mit 87 Prozent abgelehnt, die Stimmbeteiligung betrug 86 Prozent.

(Foto: commons.wikimedia.org)

ge gehegte Revolutionsnarrativ öffentlichkeitswirksam widerlegt werden.

Die Revolutionsängste der Bundesbehörden hatten bereits während dem Landesstreik zur Ausweisung der in Bern ansässigen Sowjetgesandtschaft geführt. Erst 1946 konnten wieder diplomatische Beziehungen zur UdSSR etabliert werden. Die Mär vom abgewehrten Revolutionsversuch befeuerte einen massiven schweizerischen Antikommunismus und wurde zum Gründungsmythos des reaktionären Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SVV), der ab 1919 als Dachverband der im Landesstreik entstandenen Bürgerwehren fungierte.

Im Ersten Weltkrieg hatte sich auch die schweizerische Ausländerpolitik massgeblich gewandelt, wozu nicht zuletzt die Präsenz ausländischer Deserteure, Flüchtlinge, Kriegsgewinnler und politischer Emigranten beitrug. Aus der relativen Freizügigkeit, die bis 1914

²⁰ Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, 2015, S. 170f.

tonangebend war, entwickelte sich nach 1918 auf der Grundlage von Überfremdungsängsten eine Politik der strikten Kontrolle und Abwehr.²¹

Dass der Landesstreik vor dem Hintergrund der Spanischen Grippe – der grössten humanitären Katastrophe der Schweiz im 20. Jahrhundert – stattfand, blieb nicht ohne Folgen für die Erinnerung an das Kriegsende. Unter den rund 25'000 Todesopfern, welche die Pandemie 1918/19 in der Schweiz forderte, befanden sich auch einige hundert Soldaten, die im Rahmen des Landesstreiks zum Ordnungsdienst aufgeboten worden waren. Die politische Linke beschuldigte die Bundesbehörden in der Folge, mit dem aus ihrer Sicht unbegründeten Truppenaufgebot zahlreiche Soldaten sinnlos dem Grippetod ausgeliefert zu haben. Der Einsatz von Militär gegen die streikende Arbeiterschaft war in der Schweiz bereits vor dem Landesstreik gängige Praxis gewesen. Das Vorgehen der Ordnungstruppen im November 1918 gab dem linken Antimilitarismus jedoch weiteren Auftrieb. Erst unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Bedrohung bekannte sich die SP ab 1935 wieder zur militärischen Landesverteidigung.

Auf bürgerlicher Seite hingegen wurden die grippegetöteten Soldaten zu Mahnfiguren stilisiert, die ihr Leben für die Abwehr des angeblichen Umsturzversuchs geopfert hatten. In den folgenden Wahl- und Abstimmungskampagnen wurden sie als symbolisches Kapital des Bürgertums gegen die politische Linke instrumentalisiert.²² Der Klassengegensatz wirkte in der Folge aber auch kohäsiv, indem sich die bürgerlichen Parteien zu einem Bürgerblock gegen die SP formierten. Auch trug der Klassengegensatz dazu bei, den Graben zwischen der deutschen und welschen Schweiz, der während des Kriegs die nationale Einheit bedroht hatte, zuzuschütten.

²¹ Kury, Patrick: Der Erste Weltkrieg als Wendepunkt in der Ausländerpolitik. Von der Freizügigkeit zu Kontrolle und Abwehr, in: Rossfeld; Buomberger; Kury (Hg.): 14/18, 2014, S. 290–313.

²² Vgl. Horat, Erwin: «Gedenket heute unserer lieben Verstorbenen! Wählt nicht sozialistisch, wählt konservativ!!»: die politische Landschaft der Zentralschweiz nach dem Ersten Weltkrieg zwischen grippegetöteten Soldaten und «bolschewistischer Gefahr», in: Der Geschichtsfreund: Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz 159, 2006, S. 167–328.

Der Erste Weltkrieg hatte zu einem Übergang vom Liberalismus zum Staatsinterventionismus geführt, sodass auch in der Schweiz nach und nach protektionistische Massnahmen zum Schutz der eigenen Industrie und Landwirtschaft ergriffen wurden.²³ Gleichzeitig kam es zum vermehrten Einbezug der Gewerkschaften in sozialpolitische Gremien und Entscheidungsprozesse. Die wirtschaftliche Krisenphase der frühen 1920er Jahre beendete die Phase der kurzen sozialpolitischen Offenheit aber rasch wieder. Im bürgerlichen Lager verloren die reformorientierten Kräfte auf Kosten von konservativen und reaktionären Strömungen zunehmend an Boden.²⁴ Der einseitige Fokus der bürgerlichen Landesstreikdeutung als Folge bolschewistischer Agitation führte dazu, dass die tatsächlichen wirtschaftlich-sozialen und politischen Ursachen verkannt und dringend notwendige Sozialreformen teilweise jahrzehntelang verschleppt wurden. Erst im Zuge der „Geistigen Landesverteidigung“, die Ende der 1930er Jahre an Fahrt aufnahm, fand eine Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum statt.

Daniel Artho ist SNF-Doktorand an der Abteilung Schweizer Geschichte der Universität Bern. Seit 2016 arbeitet er an einer Dissertation zur zeitgenössischen Deutung und den politischen Auswirkungen des schweizerischen Landesstreiks von 1918.

²³ Cottier: Liberalismus oder Staatsintervention, 2014, S. 80f.

²⁴ Vgl. Degen, Bernard: Abschied vom Klassenkampf: die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929). Basel 1991.

„Polen – das heisst Nirgendwo“ und ist doch überall

1918 in Polen: Staatsgründung im Zeichen antisemitisch-nationalistischer Aufheizung

Sebastian Bott

Nach dem Untergang der Imperien im Ersten Weltkrieg führten nationalistische Eliten die polnischen Teilungsgebiete in die Unabhängigkeit der Zweiten Republik. Wie überall entstanden auf den Trümmern multilingualer Reiche neue Staaten, wie überall verlief diese Transformation nicht geradlinig, waren die Vorstellungen über Territorium, Volk und Nation kontrovers.

Als 1896 Alfred Jarrys *Ubu Roi* in Paris uraufgeführt wurde, erklärte der Autor, das Stück spiele in „Pologne, c'est-à-dire nulle part“. Einen polnischen Staat gab es zu Zeiten Jarrys tatsächlich seit mehr als 100 Jahren nicht mehr. Stark ausgeprägt hingegen zeigte sich in den 1890er Jahren der polnische Nationalismus. Dieses Kollektivgefühl hatte sich in denjenigen Gebieten besonders verbreitet, in denen (Sprach-)Minderheiten imperiale Arroganz und Unterdrückung erlebt hatten. Welche Einsichten lassen sich am Beispiel Polens zum *nation building* und zur *imagined community* ziehen, welche Besonderheiten wies der polnische Weg, insbesondere während der von Miroslav Hroch so bezeichneten Phase C des modernen Massennationalismus, auf?

Die polnisch-litauische Adelsrepublik der Frühen Neuzeit (*Rzeczpospolita Obojga Narodów*) bildete einen multiethnischen, vielsprachigen Unionsverband, dessen Untergang bei den polnischen Romantikern des 19. Jahrhunderts bald nur noch in nationalisierter Form eines untergegangenen *Polens* erinnert wurde. Der Begriff *Rzeczpospolita* (Republik) für diese alteuropäische Föderation verschwand aus dem kollektiven Gedächtnis und wurde ersetzt durch eine polonisierte Abstammungs- und Sprachgemeinschaft. In Adam Mickiewicz' (1798–1855) einflussreichen *Büchern des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft* (1832) wurde der Begriff Polen auch rückwirkend auf das vielsprachige frühneuzeitliche Gebilde bezogen. Zu Unrecht geteilt worden sei *Polen*, nicht der Unionsverband, legitime Rechtsnachfolger seien nicht Litauen oder die

Ukraine, sondern ausschliesslich Polen. Erinert und imaginiert wurde ein sakralisierter Mythos eines christlichen Volkskollektivs, das, durch Überfremdung geschwächt, sich feindlichen Mächten hatte ergeben müssen. Noch imaginierte Mickiewicz dieses Volk solidarisch verbunden mit den anderen versklavten Völkern Europas, auch mit der polnischen Judenheit. Bereits bei Zygmunt Krasiński (1812–1859) jedoch bildete die Dämonisierung der Juden als ewiger Feind, als das Fremde par excellence, ein wesentliches Element polnisch-katholischer Identitätsstiftung.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zu Zeiten der nationalistischen Massenmobilisierung, wurde das katholische Polen zunehmend homogenisiert und nun auch als Rassengemeinschaft vorgestellt. 1903 veröffentlichte Roman Dmowski (1864–1939) seine *Gedanken eines modernen Polen*, in denen er festhält: „(I)m Charakter dieser Rasse [der Juden], die nie das Leben einer Gesellschaft unseren Typs gelebt hat, (haben sich) so viele Eigenschaften angesammelt und festgesetzt, die unserer moralischen Ordnung fremd, ja unserem Leben schädlich sind, dass die Verschmelzung mit einer grösseren Zahl dieses Bevölkerungsteils unser Verderben bedeuten würde.“ Dmowski zählte wie Piłsudski zur *Generation der Unbeugsamen*, die sich unter zunehmendem Russifizierungsdruck nach 1863 radikalisiert hatte. Sein Mentor Jan Ludwik Popławski vertrat in der Zeitschrift *Głos* (*Die Stimme*) einen giftigen Antisemitismus. 1890 wurde mit der Schrift *Czem jest Izrael?* wohl die erste rassistische Schrift in Russisch-Polen veröffentlicht. Hinter dem Autor Witold Ziemiński verbarg sich wahrscheinlich Dmowski. Hier tritt uns eine Konfiguration des Nationalen entgegen, die bereits bei dem Romantiker Krasiński angelegt war: ein nationaler Antisemitismus, für den *die* Juden nicht nur keiner Nation angehörten, sondern die nationale Identität der Wir-Gruppe im Innern zerstörten.

In Polen, so der Historiker Grzegorz Krzywiec, entwickelte sich nach der Revolution von 1905 Dmowskis Antisemitismus zu einer verbreite-

ten Argumentationsfigur im Kampf um die Unabhängigkeit. Die *Endecja* (nach der Abkürzung „ND“ für Narodowa Demokracja, Nationale Demokratie – die konservative, antisemitische Bewegung Dmowskis) griff nicht nur die jüdische Gemeinschaft frontal an, sie verunglimpfte auch linke Konkurrenten als innere Feinde, die auf der gleichen Stufe wie die jüdischen Bewohner stünden. Antisemitismus wurde zum kulturellen Code der konservativen, katholischen Gesellschaft auf dem Weg zur Unabhängigkeit.

Dmowski gründete zusammen mit Gesinnungsgenossen im Sommer 1917 das *Komitet Narodowy Polski* (KNP, Polnisches Nationalkomitee), das von den Alliierten als offizielle Vertretung der polnischen Nation anerkannt wurde. Jede föderale Form eines zukünftigen Polens wurde von den Komiteemitgliedern zurückgewiesen. Der zukünftige polnische Staat sollte zwar möglichst viele alte Teilungsgebiete umfassen, aber dezidiert ein ethnisch reiner Staat werden. In seiner Schrift *Probleme Zentral- und Osteuropas* von 1917 plädierte Dmowski für eine Massenemigration der Juden aus Polen. Seine Aktivitäten in Paris nach seiner Präsentation der territorialen Ansprüche am 29. Januar 1919 waren durchzogen von einer tiefen antisemitischen Paranoia. So nutzte Dmowski seine internationalen Kontakte, um die Veröffentlichung der *Protokolle der Weisen von Zion* voranzutreiben. Nach seiner Rückkehr ins neue Polen 1920 waren es vor allem *Endecja*-Jugendliche, die Dmowskis Antisemitismus teilten, allen voran die 1922 gegründete *Młodzież Wszechpolska*. Auch der Mord an Polens Präsidenten Narutowicz (16. Dezember 1922) war Ausdruck dieser weit verbreiteten nationalen Aufhetzung.

Józef Piłsudski (1867–1935), der grosse Gegenspieler Dmowskis, stammte aus Zułow, etwa 60 Kilometer entfernt von Wilna in Litauen, eine geographische Prägung, die wie bei Mickiewicz nicht ganz unwichtig werden sollte. Auch er erlebte die Drangsalierungen der russischen Obrigkeit als demütigend. Nach seiner Rückkehr aus der Verbannung im Zusammenhang mit Attentatsversuchen auf Alexander III. 1892 engagierte sich Piłsudski in der neu gegründeten *Polska Partia Socjalistyczna*. Im Unterschied zur internationalistischen SDKP (*Socialdemokracja Królestwa Polskiego*,

ab 1900 SDKPiL) setzte sich die PPS für eine polnische Nation ein, und zwar im Geiste Mickiewiczs, nicht in dem Krasińskis. Während sich die *Endecja* um einen Ausgleich mit dem zaristischen Russland bemühte, war für Piłsudski ein zukünftiges Polen nur als Föderation mit den Ostgebieten (*kresy*) denkbar. Ukrainer, Litauer, Weissrussen und Polen sollten nach dem Vorbild der Schweiz einen föderativen Staat bilden (*jagiellonische Lösung*). Dmowski hingegen war bereit auf die Ostgebiete zu verzichten, für ihn waren „diese Lande ... nicht die Festung des Polentums, in der es sich zu seinem geschichtlichen Kampf organisiert“, diese „Festung“ lag für ihn „an der Weichsel“. Seine „*piastische*“ Variante der Staatsbildung sollte ein homogenes und unifiziertes Polentum mit Schwerpunkt in Masowien, Gross- und Kleinpolen umfassen.

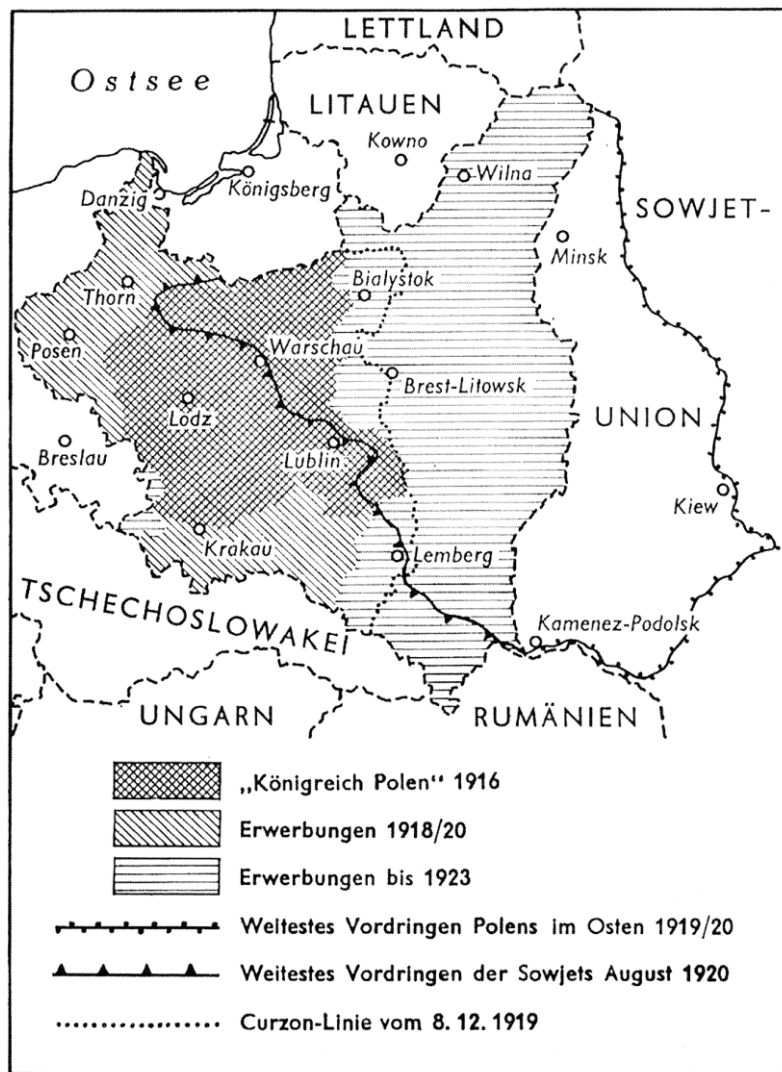
Nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges (1904) verfolgte die PPS die Taktik, die russische Autokratie durch Terrorakte zu schwächen. Die paramilitärischen Verbände bildeten den Kern der späteren polnischen Legion, die auf Seiten Österreichs nach 1914 gegen Russland kämpfte. Dmowski hingegen liess sich zusammen mit 37 Abgeordneten als „polnische Fraktion“ in die Duma wählen, während Piłsudski von Krakau aus die *Organizacja Bojowa* (Kampforganisation) führte. An dieser Grundkonstellation – hier *piastische* Unifizierung und Homogenisierung, russlandfreundlicher Ausgleich, dort *jagiellonische* Föderation, militärische Zusammenarbeit mit den Mittelmächten andererseits – sollte sich bis 1918 nicht mehr viel ändern.

Durch die deutsche Ost-Offensive im Sommer 1915 wurde Russisch-Polen deutsch-österreichisches Besatzungsgebiet. Am 24. August 1915 zog eine deutsche Zivilverwaltung unter Hans Hartwig von Beseler in Warschau ein. In Lublin entstand ein österreichisches Generalgouvernement. Am 5. November 1916 wurde aus diesen besetzten russischen Gebieten das „selbstregierte Königreich Polen“ unter einem Staatsrat, dem vorerst auch Piłsudski angehörte, später folgte ein Regentschaftsrat. Piłsudski befand sich seit der Eidkrise vom Juli 1917 in deutscher Haft, er hatte sich der deutschen Agenda entzogen. Österreich und Deutschland verfolgten unterschiedliche, nicht immer eindeutige Pläne in den Besatzungsgebieten. Habsburg bemühte

sich in seinem Lubliner Generalgouvernement um die Errichtung einer trialistischen Monarchie, in der aus den russischen und österreichischen Teilungsterritorien ein autonomes Polen entstehen sollte. Deutschland dachte bereits über ethnische Säuberungen in einem Grenzgürtel zum Reich nach und spekulierte über koloniale Ausplünderungen. Alle Pläne zerschlugen sich spätestens am 7. Oktober 1918, als der Regentschaftsrat Polens Unabhängigkeit erklärte. Piłsudski, der in Magdeburg in Festungshaft ausgeharrt hatte, erreichte am 10. November Warschau, einen Tag später, am 11. November wurde die deutsche Garnison entwaffnet.

In Versailles wurde die polnische Sache von Dmowski und dem Pianisten Jan Paderewski, der Zugang zu Woodrow Wilson hatte, auf die Agenda der Verhandlungen gesetzt. Piłsudski hatte zwei seiner Gefolgsleute entsandt, die jedoch wenig verrichten konnten. Paderewski, der mit der *Endecja* sympathisierte, protestierte wie Dmowski gegen den Minderheitenschutzvertrag („kleiner Versailler Vertrag“), der u.a. auch die jiddische Sprache in Polen schützen sollte.

Nach der Wiedergewinnung der Eigenstaatlichkeit im November 1918 und der Ratifizierung des Versailler Vertrags durch den Sejm im Sommer 1919 drängten postwendend die Grundkonstellationen der *piastisch-jagiellonischen* Varianten in den Vordergrund. Grenzziehungen und Raumvorstellungen sollten in den nächsten Jahren die Geschehnisse der jungen Zweiten Republik prägen. In den turbulenten Jahren bis 1922 standen die Polen kurz vor einer erneuten Auslöschung (*Wunder an der Weichsel* 1920). Die Konflikte mit Deutschland gehörten bereits zum Prolog des Zweiten Weltkrieges (Schlesien, Danzig, Westpreussen), territoriale Streitigkeiten mit Litauen und der Tschechoslowakei verhinderten die Bildung einer solidarischen Gruppe mitteleuropäischer Staaten. Der Grenzkonflikt im Os-



ten wurde erst mit dem *Vertrag von Riga* (März 1921) besiegelt, im neuen polnischen Staat lebten fortan neben den rund 19 Millionen Polen 4 Millionen Ukrainer, 2 Millionen Juden, je eine Millionen Deutsche und Weissrussen. Weder Dmowski noch Piłsudski konnten mit dem Erreichten zufrieden sein.

Einzig in *Jiddischland* (Gal Ed, siehe auch Rezension in diesem Bulletin, Seite 42) zeigte sich eine Friedensvision, die weit über die nationalistischen Mentalitäten des 20. Jahrhunderts hinauswies. Nur hier, bei den vielen Jiddisch sprechenden Intellektuellen Warschaus, Wilnas oder Lódzs, artikulierten sich Vorstellungen einer kosmopolitischen Solidarität, die sich von der verhängnisvollen Trias von Staat, Ethnie und Territorium löste. Es war kein Zufall, dass genau diese Gruppe im nationalen Antisemitismus als *tertium non datur* gesehen wurde, als das komplett Fremde, demgegenüber selbst die feindliche Nation

noch ihre Lebensberechtigung behielt und im binären Denken des Nationalismus auch behalten musste.

Polen – das heisst Nirgendwo, so verortete Jarry seine dramatische Studie über Machtallüren 1896. Ein Vierteljahrhundert später entstand erneut ein polnischer Staat auf den Trümmern der imperialen Reiche. Damit vollzog sich eine Transformation, die überall dort zu beobachten war, wo ethnische Minderheiten im Zuge des Ersten Weltkrieges auf Eigenstaatlichkeit pochten. Ethnische Säuberungen, Gewaltakte und nationalistische Aufhetzung waren allorts Teil des verfolgten Programms. Überall zeigten sich auch die apokalyptischen Reiter jeder nationalistischen (Geschichts-)Konstruktion: Teleologie, Essentialismus, Anachronismus beherrschten die Sicht

auf die polnische Nationsbildung und tun es bis heute, genauso wie sie dies in allen anderen nationalen Gebilden Europas und der Welt taten und erneut wieder tun. Ein *Jiddischland* als Alternative wurde als ausgeschlossenes Drittes nicht nur negiert, sondern in der Folge dieser nationalistischen Aufheizung physisch vernichtet. Der deutsche Furor wurde dabei an vielen Orten Europas von einheimischen Nationalisten willentlich und unwillentlich unterstützt.

Sebastian Bott unterrichtet Geschichte am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl in Zürich.

Lektüreempfehlungen

Die Faktenlage zur polnischen Staatsbildung findet sich kenntnisreich in Włodzimierz Borodziej's *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert* (München 2010) sowie in Manfred Alexanders *Kleine Geschichte Polens* (Stuttgart 2008) dargestellt. Wolfgang Templin rapportiert den *Kampf um Polen* in allen Details (Paderborn 2018). Quellenmaterial und konzise Zusammenfassungen finden sich auf der Internetseite des *Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung*. Grzegorz Krzywiec' Studie über den polnischen Antisemitismus Roman Dmowskis ist auf Englisch unter dem Titel *Chauvinism, Polish Style* (Frankfurt 2016) erschienen, eine Kurzversion davon im Sammelband *The New Nationalism and the First World War* (Hg. Lawrence Rosenthal, Basingstoke 2015). Maria Janion kommentiert die polnische Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts in mehreren Aufsätzen (*Die Polen und ihre Vampire*, Frankfurt 2014). Klaus Holz hat bereits 2010 in seinem Werk *Nationaler Antisemitismus* Wegweisendes zur Figur des *tertium non datur* in den europäischen Nationalismen publiziert (Hamburg 2010), Sabine Witt ist dieser Figur im Denken nationalistischer Intellektueller in der Slowakei nachgegangen (*Nationalistische Intellektuelle in der Slowakei 1918–1945*, Berlin 2015). Den Ausprägungen des polnischen Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen widmet sich Stephanie Zloch kenntnisreich in ihrer Dissertation *Polnischer Nationalismus* (Köln 2010).

Aus den Träumen erwacht

1918 in Jugoslawien: Ein Königreich ohne Zusammengehörigkeitsgefühl

Daniela Zunzer

Wie gestaltete sich die Vorgeschichte vor 1914 für die unterschiedlichen Teile des späteren Jugoslawien? Welche Strömungen des Jugoslawismus / Illyrismus waren in der Gesellschaft vorhanden? Wie wurde der erste jugoslawische Staat gegründet, und mit welchen Problemen hatte er zu kämpfen?

„Jugoslavija – 100 godina poslije. Lekcije koje (ni)smo naučili!“ – „Jugoslawien – 100 Jahre später. Lektionen, die wir (nicht) gelernt haben“¹ Das ist der Titel eines aktuellen Projektes der Geschichtslehrervereinigung von Bosnien und Herzegowina mit dem Ziel, gute Unterrichtsideen zu diesem Thema zu sammeln. Angesichts der turbulenten Geschichte des südslawischen Raums ist das ein komplexes wie auch sensibles Unterfangen. Im Zentrum des folgenden Textes soll ein deutlich weniger ambitioniertes Thema stehen, nämlich die Frage nach der Entstehung und den Herausforderungen dieses ersten jugoslawischen Staates.

Würde man die historisch interessierten Bewohner des ehemaligen Jugoslawien nach der Bedeutung des Jahres 1918 fragen, so wage ich zu behaupten, dass die Gründung des ersten jugoslawischen Staates noch vor dem Ende des Ersten Weltkrieges genannt würde, auch wenn selbstverständlich das erste ohne das zweite nicht denkbar gewesen wäre. Für viele war damals diese Staatsgründung die Erfüllung eines Lebenstraums, doch ebenso war für viele von Anfang an klar, dass dieser Staat nicht derjenige war, von dem sie so lange geträumt und für den sie sich so lange eingesetzt hatten. Zentrale Konflikte, die später diesen Staat stark belasten sollten, zeigten sich von Anfang an.

Vorgeschichte

Die Gründung Jugoslawiens 1918 war sicherlich nicht selbstverständlich, kamen hier doch Regionen zusammen, die zwar sprachlich und

kulturell durchaus viel gemeinsam hatten (und haben), hinsichtlich ihrer Geschichte jedoch zum Teil sehr wenig. Die Karte 1 gibt einen Überblick über die Situation vor 1918. Slowenien und Kroatien waren bis 1918 Teile der Habsburgermonarchie (Slowenien und die kroatische Küste unterstanden der Verwaltung Wiens, das kroatische Binnenland wurde von Budapest aus verwaltet), Bosnien und Herzegowina war im Jahr 1878 nach über 400-jähriger osmanischer Herrschaft (seit 1463) direkt von Österreich-Ungarn besetzt und dann 1908 annektiert worden (und hatte damit starke antiösterreichische Reaktionen bei den Serben hervorgerufen). Serbien war nach zwei Erhebungen gegen die Osmanen seit den 1830er Jahren ein vom Osmanischen Reich unabhängiges Fürstentum, neben Griechenland der erste postosmanische Staat auf dem Balkan und sah sich daher auch als Kern und Motor eines neuartigen südslawischen Staates. Montenegro war seit 1878 ein international anerkanntes Fürstentum, bis dahin war es zum Grossteil formal noch vom Osmanischen Reich abhängig gewesen. Der Kosovo und Mazedonien gehörten zu den letzten (und gleichzeitig auch längsten) Besitzungen des Osmanischen Reichs in Europa. Erst in den Balkankriegen verliessen die Osmanen diese Region. 1913 übernahm dann das in den Balkankriegen siegreiche Serbien die Herrschaft über den Kosovo, den sie als ihr ureigenstes Ursprungsland ansahen, sowie über Mazedonien.

Die historischen Erfahrungen waren also sehr unterschiedlich. Gemeinsam war das Erleben jahrhundertelanger Fremdherrschaft, jedoch von unterschiedlicher Seite her. Auf eine nennenswerte Eigenstaatlichkeit im Mittelalter konnten Bosnien, Kroatien und Serbien zurückschauen, das kleine Montenegro auf eine bedingte Eigenstaatlichkeit. Ungeachtet dieser unterschiedlichen historischen Erfahrungen entstand im 19. Jahrhundert aber die Bewegung des Jugoslawismus.

¹ <http://cliohipbih.ba/nagradni-konkurs-za-najbolje-nastavne-prakse/>

Jugoslawismus

Der Jugoslawismus, die südslawische Bewegung, stand von Anfang an in einem Spannungsverhältnis zu den jeweiligen Nationalismen im engeren Sinne (in Serbien, Kroatien und Slowenien). Im 19. Jh. bildeten sich etwa in Kroatien zwei nationale Bewegungen – eine illyrische (Vereinigung aller Südslawen) und eine exklusiv kroatische. Die Bewegung bezeichnete sich zunächst als illyrisch, nach den Ureinwohnern des westlichen Teils des Balkans. Zentrale Figur des Illyrismus in Kroatien war anfangs etwa Ljudevit Gaj mit seiner These, dass die Illyrer der gemeinsame Anfang aller südslawischen Völker gewesen seien und diese gemeinsamen Wurzeln die unterschiedlichen Völker wieder zusammenbringen könnten. In den 1860 und 1870er Jahren wurde dann der Illyrismus durch den Jugoslawismus ersetzt.

Hauptträger des Jugoslawismus in Kroatien war Josip Juraj Štrossmayer (1815–1905), Bi-

schof von Đakovo mit schon recht konkreten Ideen der Vereinigung der Kroaten, Serben, Bulgaren und Slowenen unter Gleichberechtigung der einzelnen Völker mit unverletzlichen Selbstverwaltungsrechten. Sein Ziel war eher eine Art jugoslawische Staatengemeinschaft, wobei er betonte, dass die Zukunft eines südslawischen Staates vom Verhältnis zwischen Serben und Kroaten abhängt (was sich ja dann später auch als eine sehr schwierige Beziehung herausstellte).

In Serbien hatte man andere Vorstellungen vom Jugoslawismus. Serbien sah sich nach seiner Selbstbefreiung von osmanischer Fremdherrschaft als Kristallisationspunkt einer überregionalen nationalen Sammlungsbewegung mit Zentrum in Belgrad.

Vor allem unter Kulturschaffenden wuchs eine weitere Variante des Jugoslawismus, nämlich die Idee einer gesamtjugoslawischen Nation, in die jedes Volk Eigenes einbringen sollte, sowie eines jugoslawischen Kunst- und Kultur-



Abb. 1 Jugoslawien vor 1918

raumes. (Calic 2010, S. 63) Belgrad wurde zum Gravitationszentrum pro-jugoslawischer Intellektueller aus dem gesamten südslawischen Raum. Zu diesem südslawischen Netzwerk gehörten etwa der kroatische Bildhauer Ivan Meštrović, der Maler Vlaho Bukovac, der Dramatiker Ivo Vojnović, in Slowenien der Ethnologe Niko Županić, in Bosnien der Schriftsteller Ivo Andrić, in Serbien der Geograf Jovan Cvijić usw. (Calic 2016, S. 420) In die jeweils nationalen Akademien wurden denn auch im Sinne eines Jugoslawismus Künstler aus anderen südslawischen Regionen aufgenommen. So wurde etwa der bekannte kroatische Maler Vlaho Bukovac Mitglied der Serbischen Gelehrtenengesellschaft. (Makuljević, S. 217)

Gemeinsame jugoslawische Ausstellungen haben die Herausbildung eines jugoslawischen Kunst- und Kulturraums stark befördert. (Makuljević, S. 222) Die erste jugoslawische Kunstausstellung fand 1904 in Belgrad statt. Es nahmen ca. 100 Künstler mit 500 Exponaten teil. Organisiert waren sie jeweils in nationa-

len Abteilungen. Der Erfolg der Ausstellung verweist auf die hohe Akzeptanz der jugoslawischen Idee unter den Künstlern. (Makuljević, S. 220). Schon 1907, lange vor der Gründung eines jugoslawischen Staates, konnten die südslawischen Künstler ihre Werke gemeinsam an der Biennale in Venedig ausstellen. (Zimmermann, S. 232) Höhepunkt dieser Bewegung war die Internationale Ausstellung in Rom im Jahr 1911. Verantwortlich dafür war der kroatische Bildhauer Ivan Meštrović.

Parallel dazu entstanden in Serbien und Kroatien jeweils starke nationale Bewegungen. In Kroatien stand etwa Ante Starčević dafür, in Serbien Ilija Garažanin mit seinem Načertanjeprogramm von 1844. Ihm schwebte eine Wiederherstellung des Reiches von Stefan Dušan aus dem 14. Jahrhundert vor, ja die Wiederherstellung dieses mittelalterlichen serbischen Reichs wurde als „heiliges historisches Recht“ präsentiert. (Clewing 2000, S. 19) Ante Starčević hatte 1861 die erste kroatische Nationalpartei gegründet (HSP – Kroatische



Abb. 2 Jugoslawien 1929

Partei des Rechts) und trat für einen rein kroatischen Nationalstaat ein. „Den“ Jugoslawismus gab es also nicht, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Interpretationen dieses Begriffs. Doch wie wurde aus der Idee dann politische Realität?

Der Weg zum jugoslawischen Staat

Auf dem Berliner Kongress 1878 wurden Serbien und Montenegro als unabhängige Staaten international anerkannt. Kosovo und Makedonien verblieben beim Osmanischen Reich. Die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn im Jahr 1908 war ein klarer Bruch der Berliner Verträge und verärgerte vor allem die serbischen Südslawen (in Bosnien lebte eine grosse serbische Bevölkerungsgruppe). Serbien nahm daraufhin einen scharfen Wechsel in der Aussenpolitik vor: Hinwendung zu Russland, zunehmende Feindseligkeit gegenüber dem Habsburgerreich und die Stärkung der jugoslawischen Idee (unter serbischer Federführung).

Die Serben bemühten sich in der Folge, zum Zentrum einer überregionalen nationalen Bewegung zu werden. Durch den Erfolg in den Balkankriegen 1912/13 konnten sie ihre Position als regionale Vormacht weiter ausbauen. In Wien setzte sich gleichzeitig eine Fraktion durch, die davon ausging, dass von Serbien eine Gefahr für die Habsburgermonarchie ausgehe. Wien schaffte es, Serbiens Zugang zum Mittelmeer nach den Balkankriegen durch die Schaffung eines albanischen Staates zu verhindern. In Serbien nahm in der Folge die Feindschaft zu Österreich fast unkontrollierbare Züge an. Ein Beispiel dafür war denn auch das Attentat des überzeugten Jugoslawen (und bosnischen Serben) Gavrilo Princip in Sarajevo am 28.6.1914.

Serbien hatte dann auch bereits 1914 zu Beginn des Ersten Weltkrieges als eines der offiziellen Kriegsziele genannt: „Kampf um die Befreiung und Einigung aller unserer unfreien Brüder, der Serben, Kroaten und Slowenen“. (Boškowska, S. 21) Ziel war ein gemeinsamer jugoslawischer Staat, wobei Serbien ein eher zentralstaatliches und Kroatien ein bundesstaatliches Modell favorisierten.

Bereits im November 1914 einigten sich Exilpolitiker aus Serbien und Kroatien auf die Gründung eines jugoslawischen Ausschusses, einer Gruppierung südslawischer Persönlich-

keiten im Ausland. Bezeichnenderweise stammten die meisten kroatischen Ausschussmitglieder aus Dalmatien, treibender Motor des Ausschusses war der Spličanin Ante Trumbić. (Sundhaussen, S. 233)

Die Vereinigung mit Serbien wurde für die Südslawen der Habsburgermonarchie erst in dem Moment zu einer Notwendigkeit, als sich die Niederlage der Mittelmächte abzeichnete. (Boškowska, S. 21) Italien schickte sich an Dalmatien zu besetzen, das ihm 1915 als Gegenleistung für den Kriegseintritt versprochen worden war. In dieser Lage waren die Kroaten – und vor allem die Dalmatier – sehr motiviert, eine rasche Vereinigung anzustreben.

Am 20.7.1917 war dann mit der Deklaration von Korfu ein jugoslawisches Königreich projiziert worden. Es sollte eine parlamentarische Monarchie unter der serbischen Dynastie der Karađorđević mit voller Gleichberechtigung von Alphabeten und Religionen werden. Da Serbien am Ende des Ersten Weltkriegs zu den Siegern zählte, war das Gefühl weit verbreitet, dass es sich die serbische Nation durch ihren Einsatz im Krieg verdient habe, die Bedingungen für den neu zu bildenden Staat zu diktieren.

Am 1.12.1918 verkündete dann Prinzregent Aleksandar Karađorđević die Gründung des Staates der Serben, Kroaten und Slowenen. Der Enthusiasmus für den gemeinsamen Anfang war gross. Lediglich in Kroatien und Montenegro hatte es dagegen vereinzelt bewaffneten Widerstand gegeben. Die Montenegriner befürchteten ihren schwindenden Einfluss. In Kroatien gab es bei der Nachricht, dass sich Kroatien nun in der Hand einer serbischen Dynastie befinde, Protestdemonstrationen.

Offizieller Name dieses ersten Staates war „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“, oder kurz SHS-Staat (SHS steht für Srbi, Hrvati, Slovenci). Offiziell war es *eine* Staatsnation mit drei „Stämmen“. Aber dieses Staatsvolk nannten sich nie „Jugoslawen“. Die Montenegriner ordneten sich selbst den Serben zu, die bosnischen Muslime wurden erst in den 1960er Jahren als eigene Nation anerkannt, Makedonier und Albaner wurden nicht als eigene Teile des Staatsvolkes genannt. Gestalt und Grösse dieses Staates waren ähnlich wie die des späteren sozialistischen Jugoslawien, jedoch ohne Istrien, das nach dem

Ersten Weltkrieg an Italien gefallen war und dort auch bis zum Zweiten Weltkrieg verblieb. Dieser erste jugoslawische Staat existierte bis April 1941, dem Überfall Nazideutschlands und seiner Verbündeten auf Jugoslawien.

Organisiert war es als eine parlamentarische Monarchie, Hauptstadt war Belgrad. Die Königsfamilie waren die serbischen Monarchen der Karađorđević. Erster König war Petar I., gefolgt von seinem Sohn Aleksandar. Die innere Aufteilung des Staates änderte sich mehrfach, ab 1929 wurde er in 9 Banschaften (Banovina) aufgeteilt (vgl. Abb. 2).

Von Anfang an prägten diesen Staat grosse innenpolitische Zerwürfnisse. Das Kernproblem war der Streit um die zentralistische Verfassung, die der serbischen von 1903 ziemlich ähnlich war. Die föderale kroatische und slowenische Position stand hier der zentralistischen serbischen und montenegrinischen gegenüber. Der Staat startete daher schon mit einem gefährlichen Legitimitätsdefizit. Doch waren die Slowenen andererseits anfangs auch von diesem Staat überzeugt, da sie erstmals ihre eigene Sprache und Kultur pflegen konnten.

Ikone der Opposition gegen den serbischen Zentralismus war Stjepan Radić, der Führer der kroatischen Bauernpartei. Am 20.6.1928, dem Eröffnungstag des Parlaments, wurde Stjepan Radić im Belgrader Parlament von einem montenegrinischen Abgeordneten angeschossen und erlag später seinen Verletzungen. Radić wurde zum Märtyrer, die Demokratie lag in Scherben, der König rief den Ausnahmezustand aus.

Die Einführung der Diktatur am 6.1.1929 schien in dem Moment der einzige Weg, um Ruhe im Land zu bewahren. Das Land wurde gleichzeitig in Königreich Jugoslawien umbenannt. An der grundsätzlichen Unzufriedenheit einiger Gruppen mit diesem Staat änderte das jedoch nichts. Das zeigte auch das Attentat auf König Aleksandar im Jahr 1934 in Marseille durch kroatische und mazedonische Nationalisten (Ustascha und VMRO, siehe auch S. 47 in diesem Bulletin).

Erst das Abkommen von 1939, das Sporazum, wäre eine Grundlage für einen grundsätzlichen Wandel in Jugoslawien gewesen, doch kam es kurz vor dem Zweiten Weltkrieg zu spät, weil dann andere Themen dominant waren. Erstmals wurde damit ein autonomes

kroatisches Verwaltungsgebiet eingerichtet. Doch wegen des Kriegsausbruchs wurden die meisten Vereinbarungen kaum umgesetzt. Ob dieser kroatisch-serbische Ausgleich geeignet gewesen wäre, den inneren Frieden zu sichern, bleibt daher offen.

Am 6.4.1941 begann ohne Vorankündigung die Bombardierung Belgrads durch die deutsche Wehrmacht. Elf Tage später kapitulierte die jugoslawische Armee. Das war das Ende des ersten jugoslawischen Staates.

Woran das Erste Jugoslawien scheiterte

Die Aufgabe der jugoslawischen Staatsbildung war sehr schwierig. Zu viele, allzu unterschiedliche Gebiete kamen zusammen, die in kurzer Zeit hätten zusammenwachsen sollen. Feinde, die gestern noch auf dem Schlachtfeld gegeneinander gekämpft hatten, sollten nun gemeinsam einen Staat aufbauen.

Dieser Staat umfasste eine grosse Anzahl von Gebieten, die in jeder Hinsicht stark differierten. Jahrhundertlang hatten die einzelnen Teile eine unterschiedliche historische und kulturelle Entwicklung genommen. Die Lebensweise, Wertvorstellungen, Religion, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung wichen stark voneinander ab.

So unterschiedlich, wie die Strömungen des Jugoslawismus waren, so unterschiedlich waren denn auch die Vorstellungen zur Verfasstheit und Ausgestaltung dieses neuen Staates. Viele Intellektuelle (Krlježa, Meštrović, Tin Ujević) hatten diese Idee einer unteilbaren jugoslawischen Nation unterstützt, aber „zwischen dem jugoslawischen Nation-Building der Künstler und der politischen Realität, zwischen Hochkultur und Praxis klaffte eine tiefe Diskrepanz, die sich nach Gründung des jugoslawischen Staates in aller Deutlichkeit offenbarte. Meštrovićs grosse Vision eines synthetischen, multikulturellen Jugoslawismus wirkte angesichts der politischen Wirklichkeit seltsam realitätsfern.“ (Sundhaussen, S. 147)

Des Weiteren war es eine unvorbereitete, eher zufällige und überstürzte Staatsgründung, ohne dass zuvor ein Konsens über die wichtigsten Fragen der Verfassung erreicht worden wäre. Die „kroatische Frage“ als prominenteste (aber nicht einzige – auch die südlichen Landesteile waren mit dem serbisch dominierten Staat nicht einverstanden) dieser

nationalen Fragen war denn auch ein Dauerthema im ersten Jugoslawien.

Dazu kam ein ausgeprägtes wirtschaftliches Gefälle, wobei aber sogar der vergleichsweise entwickelte Nordwesten (Kroatien) im europäischen Vergleich als rückständig betrachtet werden muss. Die Vereinheitlichung des Steuer-, Bildungs- und Währungssystems sowie die Herstellung der Chancengleichheit in allen Teilen des Landes waren gewaltige Aufgaben. Die sowohl in den Balkankriegen wie im Ersten Weltkrieg stark zerstörten südlichen Landesteile mussten wiederaufgebaut werden. Auch gab es kein Zentrum, das schwergewichtig genug gewesen wäre, den Rest des Landes zu akkulturieren. Serbien war für diese Aufgabe zu klein und wirtschaftlich zu wenig potent. „Diese Vorgabe hätte auch einen besser organisierten, reicheren und moderneren Staat, als es das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit war, vor unlösbare Probleme gestellt.“ (Boškowska, S. 351)

Die massgeblichen Parteien waren stark klientelistisch geprägt. Auch die Oppositionsparteien waren nicht grundsätzlich anders. „Noch mehr als an ‚guten Beamten‘ mangelte es dem Land an ‚guten Politikern‘ mit Blick für das Gemeinwohl und nicht nur für das persönliche

Fortkommen, den eigenen Wahlkreis und den partikularen Nationalismus.“ (Boškowska, S. 351)

Die Herausbildung eines jugoslawischen Nationalbewusstseins gelang dann in diesem ersten jugoslawischen Staat auch nicht. „Der Blick auf Dalmatien, so lässt sich vielleicht zusammenfassend sagen, macht deutlich, warum es dem jugoslawischen Staat nicht gelang, eine gemeinsame Nationalidentität zu formen. Zu unterschiedlich waren die Ausgangspunkte, zu verfestigt die verschiedenen Nationskonzepte.“ (Jakir S. 21) Der Jugoslawismus, seit 1929 theoretisch eine verbindliche Ideologie zur Überwindung der „Stammesgrenzen“, änderte in der nationalen Frage nichts. „Er blieb nebulös und wurde von den meisten Menschen nicht verstanden, geschweige denn gefühlt.“ (Boškowska, S. 352) Das Zusammengehörigkeitsgefühl blieb wohl weitgehend ein Elitenphänomen. (Sundhaussen, S. 241)

Daniela Zunzer ist Geschichtslehrerin und Vorstandsmitglied des VSGS. Sie organisiert Geschichts- und Gesellschaftsvermittlung auf Reisen (Mindset Tours GmbH).

Literatur

Boškowska, Nada (2009): Das jugoslawische Makedonien 1918–1941. Eine Randregion zwischen Repression und Integration. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag

Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: Beck Verlag

Calic, Marie-Janine (2016): Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region. München: Beck Verlag

Clewing, Konrad (2000): Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick. In: Jens Reuter, Konrad Clewing. Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven. Klagenfurt: Wieser Verlag, S. 17–63.

Jakir, Aleksandar (2012): Gescheiterte und erfolgreiche Prozesse der Nationsbildung in Südosteuropa am Beispiel Dalmatiens. Unveröffentlichtes Manuskript.

Makuljević, Nenad (2014): Jugoslawien vor Jugoslawien. Südslawische Brüderlichkeit unter Künstlern. In: Tanja Zimmermann (Hrsg.): Brüderlichkeit und Bruderzwist. S. 213–229.

Sundhaussen, Holm (2007): Geschichte Serbiens. 19.-21. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag

Zimmermann, Tanja (2014): Ausstellungswesen und transnationales Nation Building im Ersten und Zweiten Jugoslawien. In: Tanja Zimmermann (Hrsg.): Brüderlichkeit und Bruderzwist. S. 231–247.

Kartennachweis

Reinkowski, Martin Maria (2018): 100 Jahre Jugoslawien. Geschichte und Legende. Petersberg: Imhof Verlag

Eigenstaatlichkeit auf Widerruf

1918 in der Ukraine: Die junge Volksrepublik kann sich unter dem sowjetrussischen Druck nicht halten

Andreas Kappeler

Das Jahr 1918 markiert in Mittel- und Osteuropa das Ende des Ersten Weltkriegs, die Auflösung der Vielvölkerreiche der Habsburger, Romanows und Osmanen, soziale und nationale Revolutionen und die Entstehung neuer Nationalstaaten. Auf dem Gebiet des Zarenreiches vollzogen sich die Ereignisse in einer anderen Reihenfolge, und sie begannen früher und endeten später.

Die Russische Revolution führte schon im Februar (nach dem Gregorianischen Kalender im März) 1917 zum Zusammenbruch des Ancien Régime, in der Folge der Oktoberrevolution zerfiel das Imperium, und Sowjetrussland schied im März 1918 aus dem Krieg aus. Im Laufe des Jahres 1918 fielen die meisten Randgebiete ab, und es etablierten sich neue Nationalstaaten, von denen einige (Polen, Finnland, Estland, Lettland und Litauen) ihre

Unabhängigkeit bewahren konnten, während die anderen (Georgien, Armenien, Aserbaidschan, das östliche Weissrussland und die meisten Gebiete der Ukraine) bis zum Jahr 1921 von der Roten Armee erobert und Bestandteile der Sowjetunion wurden.

Der grösste Teil des Gebiets der heutigen Ukraine, die zentrale Region um Kiew (ukr. Kyiw), der Osten mit Charkiw und dem Donbass und der Süden mit Odessa und der Krim, gehörte seit der Mitte des 17. bzw. dem Ende des 18. Jahrhunderts zum Russländischen Imperium. In allen Teilregionen waren die Ukrainer in der Mehrheit, in den grossen Städten waren sie jedoch gegenüber Russen und Juden in der Minderzahl, und auch unter den Arbeitern in den Schwerindustrie-Zentren im Südosten überwogen ethnische Russen. Die westlichen Regionen Galizien und Nord-Bukowina waren seit 1772 bzw. 1775 Teil der Habsburgermo-



Abb. 1 Grenzen und Gebietsansprüche in der Ukraine 1914–1919.



Abb. 2 Allukrainischer Militärkongress, Oktober 1917. In der Mitte Symon Petliura und Mychajlo Hruschewskyi

(Foto: Internet Encyclopedia of Ukraine)

narchie, die Karpato-Ukraine (oder Transkarpatien) war schon seit dem Mittelalter ungarisch. Die Ereignisse des Jahres 1918 folgten deshalb in der Westukraine dem mitteleuropäischen Ablauf: Ende des Krieges, Zusammenbruch der Monarchie und Bildung von Nationalstaaten, alles erst im Spätherbst 1918. Die übrigen Teile der Ukraine gingen schon im Jahr 1917 durch zwei Revolutionen, und am Ende des Jahres war der bewaffnete Kampf um die postimperiale Ordnung voll entbrannt und sollte bis zum Jahr 1921 anhalten.

Aus der Februarrevolution ging in Russland eine Republik hervor, die eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung einschlug. Es gelang ihr jedoch nicht, die Forderungen der Bevölkerung nach Frieden und Land zu erfüllen. Auch die Ukraine wurde von den politischen und sozialen Umwälzungen der Russischen Revolution erfasst. Dies betraf die überwiegende Bevölkerungsmehrheit der Bauern, die in einer spontanen Agrarrevolution das Land der Gutsbesitzer besetzten. Dies betraf die Arbeiter, die sich in Räten (Sowjets) organisierten. Dies betraf auch die nationale Intelligenz der Städte, die den neuen politischen Spielraum nutzte.

Schon im März 1917 begründeten gesellschaftliche Gruppen, die vorwiegend der gemäßigt-sozialistischen Intelligenz angehörten, in Kiew die Ukrainische Zentralrada (Zentralrat), ein Vorparlament, das den Historiker Mychajlo Hruschewskyj zu seinem Vorsitzen-

den wählte. Im Sommer erklärte die Zentralrada die territoriale Autonomie der Ukraine. Die Provisorische Regierung in Petrograd (wie Sankt Petersburg seit 1914 hieß) bemühte sich, das „eine und unteilbare Russland“ zu bewahren und anerkannte die Rada und ihr Generalsekretariat erst nach längerem Zögern als Vertretung der ukrainischen Nation.

Die ukrainischen Bauern begründeten im Sommer nationale Organisationen mit dem ukrainischen Bauernverband an der Spitze. Dieser hielt im Juni einen Kongress ab, an dem etwa 2000 Delegierte teilnahmen, die sich für eine Lösung der Landfrage

und für eine Autonomie der Ukraine aussprachen. Die ukrainischen Soldaten bildeten nationale Truppenteile und organisierten ihrerseits drei Kongresse.

In den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Russlands vom November 1917 erzielten die Bolschewiki in der Ukraine nur etwa 10 Prozent der Stimmen (gegenüber 24 Prozent in ganz Russland). Die Bevölkerungsmehrheit der ukrainischen Bauern wählte wie die Bauern in Russland fast geschlossen die agrarsozialistischen Sozialrevolutionäre (SR), die sich in der Ukraine als eigenständige Partei konstituiert hatten.

Inzwischen hatte die Oktoberrevolution die Situation grundlegend verändert. Zwar standen die meisten Ukrainer den Bolschewiki ablehnend gegenüber, doch wartete man zunächst ab. Am 7. (20.) November 1917 rief die Zentralrada die Ukrainische Volksrepublik (Ukrains'ka Narodnja Respublika, UNR) aus, noch immer als Teil einer russländischen Föderation.

Es gelang der Rada, ihre Macht in den meisten Regionen der Ukraine zu festigen. Dies wurde jedoch von den Bolschewiki nicht akzeptiert. Im Dezember rief ein Kongress der ukrainischen Sowjets in Charkiw eine eigene Volksrepublik aus, die ihren Rückhalt in der Arbeiterschaft hatte. Die Sowjetregierung erhob Anspruch auf die ganze Ukraine und ging militärisch gegen die Zentralrada, die als Vertretung der „bürgerlichen Nationalisten“ galt, vor. Erst jetzt, als die sowjetischen Streitkräfte in die

Zentralukraine einrückten, entschloss sich die Rada, sich vom russländischen Staatsverband loszutrennen, und erklärte am 12. (25.) Januar 1918 die Unabhängigkeit der Ukraine.

Wenig später eroberten die sowjetischen Truppen Kiew, worauf die Ukrainische Volksrepublik am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk einen Separatfrieden mit den Mittelmächten schloss. Diese anerkannten die Unabhängigkeit der Ukraine, sagten ihr militärische Unterstützung zu und forderten im Gegenzug Lebensmittellieferungen – daher die Bezeichnung „Brotfrieden“. Auf diesen Friedensschluss, den ersten des Weltkriegs, folgte am 3. März 1918 der zweite Frieden von Brest-Litowsk, den die Mittelmächte mit der Sowjetregierung schlossen. Diese war unter dem Druck der vorrückenden deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen gezwungen, weite Gebiete im Westen abzutreten und die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen. Die sowjetischen Truppen wurden vertrieben, und innerhalb weniger Wochen besetzten deutsche und österreichisch-ungarische Verbände die gesamte Ukraine.

Die Mittelmächte waren mit der sozialistisch ausgerichteten Volksrepublik unzufrieden und setzten an ihrer Stelle eine Marionettenregierung unter Pawlo Skoropadskyj ein, einem ehemaligen General der russischen Armee und Nachkomme eines Kosaken-Hetmans des frühen 18. Jahrhunderts. Skoropadskyjs Hetmanat, das offiziell als „Ukrainischer Staat“ bezeichnet wurde, verfolgte eine sozialkonservative Politik. Diese stiess auf den Widerstand der Arbeiter und der ukrainischen Bauern, die die Rückkehr der Gutsbesitzer befürchteten und sich bewaffnet zur Wehr setzten. Trotz seiner Abhängigkeit von den Mittelmächten existierte im Jahr 1918 immerhin zum ersten Mal seit dem 17. Jahrhundert ein ukrainischer Staat, der daranging, eine Verwaltung, eine Armee, ein Bankwesen und ein ukrainischsprachiges Bildungswesen aufzubauen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Abzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen ergriff erneut die UNR die Macht, und ihre Truppen zogen am 14. November wieder in Kiew ein. Ihr Leitungsorgan, das nach dem Vorbild der Französischen Revolution Direktorium genannt wurde, erhob Anspruch auf das ganze mehrheitlich von Uk-



Abb. 3 Pawlo Skoropadskyj bei der Abnahme einer Parade der ukrainischen Armee, Kiew 1918

(Foto: akg Images / Universal Images Group)

rainern bewohnte Territorium des ehemaligen Zarenreiches und ausserdem auf die von Ukrainern bewohnten Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie.

Dort riefen schon am 1. November 1918 die (in der Habsburgermonarchie als Ruthenen bezeichneten) Ukrainer in Lemberg (ukr. Lwiw), der Hauptstadt des Kronlandes Galizien, nach dem Vorbild der UNR die Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) aus. Sie sollte neben dem Osten des ehemaligen Kronlandes Galizien auch die nördliche Bukowina und die Karpato-Ukraine umfassen. In Lemberg und anderen Städten waren die ethnischen Ukrainer gegenüber Polen und Juden in der Minderheit, die Ukrainer stellten jedoch die Mehrheit der gesamten Bevölkerung dieses Raumes. Die ZUNR hatte gegenüber den Streitkräften Polens, das Anspruch auf ganz Galizien erhob, einen schweren Stand, und ihre Regierung wurde schon am 22. November aus Lemberg vertrieben. Sie zog sich in den Südosten Galiziens zurück, wo sie eine Verwaltung und eine Armee aufbaute. Am 22. Januar 1919 vereinigte sich die Westukrainische Volksrepublik mit der Ukrainischen Volksrepublik. Die Einheit der Ukraine erwies sich nicht als dauerhaft, dennoch wird der 22. Ja-

nuar in der heutigen Ukraine als „Tag der Einheit“ gefeiert.

Die ZUNR musste im Sommer 1919 vor den polnischen Truppen kapitulieren. Galizien wurde Teil der zweiten polnischen Republik und blieb es bis zum Jahr 1939. Die übrigen von der ZUNR beanspruchten Territorien gingen noch früher verloren. Unmittelbar nach Kriegsende besetzten rumänische Truppen die gesamte Bukowina und schlossen sie an Rumänien an. Gleichzeitig fiel die bisher ungarische Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei. Damit waren die von Ukrainern (Ruthenen) besiedelten Gebiete der Habsburgermonarchie auf drei Staaten aufgeteilt. Diese wurden im Zweiten Weltkrieg von sowjetischen Truppen besetzt und an die Ukrainische Sowjetrepublik angeschlossen.

Das Direktorium der UNR in Kiew erliess ein Landgesetz, das den Wünschen der Bauern entgegenkam, erklärte das Ukrainische zur Staatssprache, bestätigte die nationalpersönliche Autonomie für die Minderheiten und führte eine eigene Währung, die Hrywnja, ein. Es gelang ihm aber nicht, das von ihm beanspruchte grosse Territorium zu kontrollieren und die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Die UNR geriet schon bald unter den Druck der Sowjetregierung, die in Charkiw erneut eine Ukrainische Sowjetrepublik ausgerufen hatte. Anfang Februar 1919 wurde das Direktorium von der Roten Armee wieder aus Kiew vertrieben. Die UNR konstituierte sich in der südwestlichen Ukraine neu, wo der Kriegsminister Symon Petljura an die Spitze des Direktoriums trat. Er versuchte, unterstützt von Verbänden der ZUNR, ohne Erfolg Kiew zu entsetzen. Im Jahr 1920 kam die UNR an ihr Ende, und ihre Regierung ging ins Exil.

In den Jahren 1919 und 1920 wurde Russland von einem blutigen Bürgerkrieg zwischen „Roten“ und von den Westmächten unterstützten „Weissen“ erschüttert. Weite Teile der Ukraine wurden im Jahr 1919 von der sogenannten Freiwilligenarmee des ehemaligen zarischen Generals Denikin besetzt, der das alte Russland wiedererrichten wollte und die UNR nicht anerkannte. Die UNR wurde zwischen rot und weiss zerrieben. Sie hatte wenig Zeit, sich als Staat zu konsolidieren. Es gelang ihr nicht, die Stadtbevölkerung und die Arbeiter für sich zu gewinnen. Auch zahlreiche Bauern wandten sich dem sowjetischen Staat als dem im Vergleich zu den „Weissen“ „geringeren Übel“ zu. Ein wichtiger Grund für das Scheitern der UNR lag darin, dass sie weder von der Sowjetregierung noch von den „Weissen“ noch von den Westmächten anerkannt wurde.

Trotz ihres Scheiterns hat die Ukrainische Volksrepublik in der heutigen Ukraine grosse symbolische Bedeutung. Sie gilt als Vorläuferin des Nationalstaats, der sieben Jahrzehnte später doch noch Wirklichkeit wurde. Man übernahm deshalb von der UNR das Wappen des Dreizacks, die blau-gelbe Flagge, die Nationalhymne und die Währung Hrywnja.

Das Jahr 1918 brachte der Ukraine das Ende des Krieges und einen Nationalstaat, der jedoch im Gegensatz zu den meisten anderen Regionen Mittel- und Osteuropas nicht von langer Dauer war. Die Ukrainer blieben nach 1920 das grösste europäische Volk ohne eigenen Staat.

Andreas Kappeler lehrte Osteuropäische Geschichte an den Universitäten Zürich, Köln und Wien

Talat Pascha und das Wetterleuchten autoritärer Herrschaft

1918 im Osmanischen Reich: Zwischen spätimperialer Euphorie und zaghafter Selbstbesinnung

Hans-Lukas Kieser

Das letzte Kriegsjahr bedeutete für die politische Elite des Osmanischen Reiches weniger einen Bruch als einen Übergang, der 1919 zum Krieg um Kleinasien führte. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Kriegserfahrung wie erste Modernisierungsschritte, die später unter Mustafa Kemal Atatürk durchgesetzt wurden, prägten diese widersprüchliche Zeit.

Die erste Hälfte von 1918 war, was viele erstaunen mag, eine beflügelte, siegesgewisse Zeit für die jungtürkische Einparteienregierung des Osmanischen Reichs. Das lag am Zusammenbruch des Russischen Imperiums, der sich seit der Februarrevolution von 1917 abzeichnete und nach der Oktoberrevolution in den Verhandlungen in Brest-Litowsk (Dezember 1917 bis März 1918) beschleunigte. Der imperiale Kollaps in der kaukasischen Peripherie gab den Jungtürken Gelegenheit, nicht nur Gebiete zurückzugewinnen, die im 19. Jahrhundert an den historischen Erzfeind verloren gegangen waren, sondern über die Abmachungen im Vertrag von Brest-Litowsk hinaus zum Kaspischen Meer vorzudringen. Diese Expansion war im Herbst 1914 ein enthusiastisches Kriegsziel gewesen. Enver Pascha, der Kriegsminister und Oberkommandierende, gab dieser Expansion 1918 den Vorrang vor der Verteidigung gegen die in Syrien und Irak vorrückenden britischen Truppen, ja sogar vor einer optimalen Absicherung der Hauptstadt gegen ein aus Griechenland anrückendes Heer der Entente.

Der Triumph von Brest-Litowsk fiel mit dem bereits institutionalisierten nationalistischen Gedenken an den Triumph vom 18. März 1915 zusammen, als auf Initiative des Marineministers Winston Churchill eine Flotte der Entente sich durch die Dardanellen einen Weg nach Istanbul hatte brechen wollen, aber unter hohen Verlusten scheiterte. Diesem ersten Sieg im Weltkrieg war 1915 der Sieg gegen die Landungstruppen auf der Halbinsel Gallipoli gefolgt. Diese Erfolge relativierten im Frühjahr

1918 die osmanischen Verluste in Arabien, Palästina und Irak. Sie liessen die gleichgeschaltete Elite, der viele Neureiche und Kriegsgewinnler angehörten, über die Korruption in Staat und Rechtswesen und die katastrophale Versorgungslage bei der breiten Bevölkerung hinwegsehen. Erst zunehmende Proteste über die innere Misere sogar im Parlament sowie die Niederlagen des deutschen Verbündeten an der Westfront öffneten im späten Sommer 1918 die Augen für die Wirklichkeit.

Zuvor glaubte die jungtürkische Spitze weiterhin an Deutschlands Endsieg und dass bei der Friedenskonferenz nach dem bald erwarteten Ende des Kriegs die Garantie osmanischen Besitzstands im deutsch-osmanischen Bündnisvertrag die osmanischen Verluste rückgängig machen würde. Aus diesem Grund verfolgte die zionistische Führung in Berlin und ihre Vertreter in Istanbul noch bis im Juli 1918 eine Doppelstrategie: Sie setzte einerseits auf die neuen Fakten in Palästina und die taufrische Balfour-Erklärung, andererseits führte sie mit Talat Pascha harzige Verhandlungen darüber, in Palästina ein „jüdisches Zentrum“ unter osmanischer Hoheit (weiter) aufbauen zu dürfen. Grosswesir Talat selbst verstand erst bei seinem letzten Besuch in Berlin im September 1918, dass Deutschland am Ende und der Weltkrieg verloren war.

Nach der Weltkriegsniederlage und dem Waffenstillstand (von Mudros, 30. Oktober 1918) herrschte Verwirrung in der osmanischen Hauptstadt Istanbul. Die Spitze des Kriegsregimes setzte sich nach Deutschland und Moskau ab, sowohl um einer Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen zu entgehen als auch um den bisherigen Kampf weiterzuführen. Letzterem diente die Gründung türkisch-nationalistischer und pan-islamistischer Zellen (zwei Seiten derselben Medaille) in Europa, dem Kaukasus, dem revolutionären Russland und Afghanistan. Die Agitation im Ausland sollte den Widerstand in Kleinasien ergänzen, den Mustafa Kemal (Atatürk) ab Mai 1919

organisierte. Denn die Siegermächte verzichteten aus Kostengründen auf eine Besetzung Kleinasien. Auch Mustafa Kemal Pascha war Mitglied der inzwischen tunlichst aufgelösten, da diskreditierten jungtürkischen Partei „Komitee Einheit und Fortschritt“ (KEF) gewesen. Seit 1917 hatte Talat Pascha nicht nur als Grosswesir (eine Art Ministerpräsident) dem Reich, sondern auch als Parteiboss dem KEF vorgestanden und war somit ein Pionier führerzentrierter Einparteienherrschaft im 20. Jahrhundert. Der Sultan und Kalif – Führer sowohl des Osmanischen Reichs als auch der Muslime insgesamt – diente nur noch als repräsentative Gestalt seit der Jungtürkischen



Abb. 1 Talat Pascha Anfang 1918 in Brest-Litowsk

(Foto: akg-images / Universal Images Group)

Revolution von 1908. Das Grosswesirat des bisherigen Innenministers Talat hatte im Februar 1917 mit dem programmatischen Versprechen begonnen, Rechtsstaatlichkeit und eine befriedigende Versorgung zu etablieren und das Rechts- und Erziehungswesen, den Kalender, die Rolle der Frauen und die türkische Sprache gründlich zu modernisieren. Das klang schon ganz nach Kemal Atatürk, seinem politischen Erben, verzichtete aber noch nicht auf Reich und politischen Islam. Nicht nur die osmanische, auch die gesamte deutschsprachige Presse (ausser der Schweiz) priesen den Grosswesir Talat damals als einen energischen Staatsmann, der die Rede vom kranken Mann am Bosphorus Lügen strafe. Damit stimmte sie die Leserschaft auf die Vorzüge eines brutalen, autoritären Einparteiensystems ein, das in Europa analog erst in der Zwischenkriegszeit Einzug hielt.

Als treibende Kraft der Revolution von 1908 und der jungtürkischen Partei Einheit und Fortschritt, und Regierungsmitglied seit 1909, war Talat zur bestimmenden Figur in Partei und Regierung und somit Hauptperson im „Machtkartell“ eines kleinen, in seinem Selbstverständnis revolutionären Kreises jüngerer Männer im Zentralkomitee der konspirativen Partei aufgestiegen. Unter ihnen sind Enver Pascha und Cemal Pascha neben Talat am bekanntesten. Aber auch Ziya Gökalp ist zu nennen, der geistige Vater eines grenzenlosen türkischen Nationalismus (Pantürkismus) und Propagandist totalen Kampfs im Dienst der Nation. Talat war der politische Boss, Gökalp sein Freund und Prophet. Beide begnügten sich nicht damit, aus Kleinasien ein türkisch-muslimisches Nationalheim (*Türk Yurdu*) zu machen, sondern glaubten an eine modern-autoritäre imperiale Zukunft. Im Herbst 1912 hatte Talat sich und die Partei aus einer Krise geführt, indem er die Öffentlichkeit zum Krieg gegen ihrerseits aggressive Balkanstaaten mobilisierte. Die Partei Einheit und Fortschritt war damals vorübergehend in die Opposition gedrängt worden. Als der Balkankrieg im November 1912 in Niederlagen mündete, mobilisierte sie populistisch gegen die liberale Regierung

und putschte sich im Januar 1913 endgültig an die Macht.

Den drohenden Weltkrieg hatten Talat und sein Kreis im Juli 1914 als Chance begrüsst, endlich ein vollwertiges Bündnis mit einer europäischen Grossmacht, nämlich Deutschland, einzugehen, die eigene Herrschaft zu festigen und das Reichsgebiet auszudehnen. Sie setzten auf Krieg nach innen und aussen. Der äussere Krieg wurde ab August 1914 (drei Monate vor dem offiziellen Kriegseintritt) als Vorstoss in den Kaukasus vorbereitet. Diese Aggression endete Anfang Januar 1915 in einer Katastrophe. Der Versuch, Ägypten zurückzuerobern, und die Verteidigung Südiraks scheiterten ebenfalls. Der „innere Krieg“ hingegen war erfolgreich und folgenreich. Er richtete sich gegen christliche Bevölkerungsgruppen, die das Zentralkomitee als Fremdkörper einer national-muslimisch konzipierten „Neu-

en Türkei“ stigmatisierte. Das Vorgehen gegen sie galt in der Hauptstadt und den Provinzen vorerst als kompensatorische Rache für osmanische Verluste im Balkankrieg und wurde bereits in den Monaten vor August 1914 als Vertreibung von über 200'000 osmanischen Christen aus Thrakien und der Region Izmir eingeleitet. Es setzte sich im Massenraubmord an armenischen und assyrischen Christen 1915/16 und unmittelbar daran anschliessend an osmanischen „Pontusgriechen“ (griechisch-orthodoxe Rûm am Schwarzen Meer) fort.

Zwar war 1918 der innere Krieg – das gewaltsame *demographic and economic engineering* zugunsten muslimischer Türken in Kleinasien – gewonnen. Aber zwei armenische Aspekte trübten dennoch die scheinbar brillanten jungtürkischen Aussichten im Frühjahr 1918. Das Zentralkomitee fürchtete erstens, dass die postzaristische kaukasische Republik Armenien, die sich damals für unabhängig erklärte, florieren und als ein Vorposten des Westens zu einer Bedrohung werden würde – abgesehen davon, dass sie türkischer Expansion im Kaukasus im Wege stand. Sie sollte daher erobert oder wenigstens stark geschwächt werden. Es fürchtete zweitens, dass die Friedenskonferenz nach dem Weltkrieg auf einer Rückkehr armenischer Überlebender insistieren würde, zumal selbst der deutsche Bündnispartner auf dieser Position bestand, oder gar armenische Unabhängigkeit mit Einschluss osmanisch-armenischer Siedlungsgebiete verlangen würde. Gleichzeitig mit der Balfour-Erklärung hatte sich die britische Regierung für armenische Autonomie ausgesprochen, und diese Position wurde anfänglich auch von der bolschewistischen Führung Russlands geteilt.

Deutschland hatte den als Evakuierung aus Kriegszonen getarnten Beginn des Völkermords im Frühjahr 1915 zwar gedeckt, danach die jungtürkische Leugnungspropaganda mitgetragen und sich insgesamt einem fatalen ethisch-politischen Defätismus ergeben. Die deutsche Diplomatie hatte aber gleichwohl ihre anfängliche Position nie ganz aufgegeben, dass es sich bei den Armenierdeportationen nur um vorübergehende kriegsbedingte Umsiedlungen unter Wahrung des Besitzes handeln dürfe. Im Frühjahr 1918 äusserten sich im Reichstag erstmals mehrere Stimmen offen zur Armenierverfolgung, nachdem 1915/16

der Abgeordnete Karl Liebknecht noch ein einsamer, angefeindeter Rufer in der Wüste gewesen war. Die neue Offenheit hing mit akuten Konflikten mit dem offensiven Bündnispartner im Kaukasus, einer demokratischen Strömung im Reichstag um Matthias Erzberger sowie zunehmender Unruhe und Aufmüpfigkeit in der Gesellschaft zusammen.

General von Lossow, deutscher Militärattaché in Istanbul, telegraphierte Ende Mai: „Wie ich dauernd melde, ist das Ziel der türkischen Politik dauernde Besitznahme der armenischen Distrikte und Ausrottung der Armenier. Alle gegenteiligen Versicherungen Talaats und Envers sind gelogen.“ Deutschland konzentrierte sich 1918 im Kaukasus darauf, seine Interessen im Zusammengehen mit Georgien abzusichern und sah sich überfordert, auch Armenien beizustehen. Aber ein Riss tat sich im Bündnis auf. Er hatte mit den Armenierverfolgungen sowie ungedulden Erwartungen Istanbuls bezüglich Gebietszusprachen auf dem Balkan und Finanzhilfen zu tun. Reichskanzler Georg von Hertling teilte Ende Juli Finanzminister Cavid Bey (gemäss dessen Tagebuch) die Bestürzung darüber mit, dass deutsches Geld „uns dazu diene, Christen zu vernichten und dies Teil des Problems“ zwischen Deutschland und der Türkei sei.

Erzberger liess zur selben Zeit einen Berater Talats in Berlin wissen, dass die Türkei „von einer grossen Schande befleckt“ sei und es „für uns deutsche Demokraten“ nicht angehe, die Türkei an Friedensgesprächen zu verteidigen. Der junge Berater fiel aus allen Wolken, als er in Berlin die Aktualität des Armeniermords in Gesprächen und der Presse wahrnahm, denn in Istanbul unterdrückte die Zensur das Thema oder liess es verzerrt darstellen. Das Thema blieb aktuell in Berlin, als die jungtürkischen Führer im November dort Asyl suchten. In Talats Agitationszentrum in Berlin liefen ab Ende 1918 jungtürkische, panislamistische, bolschewistische und deutschnationalistische Fäden zusammen. Seine politische Freundschaft sowohl mit Karl Radek, einem Bolschewiken, als auch Karl Helfferich, einem Führer der radikalen Rechten, zeugt davon. Als Talat im März 1921 in Berlin erschossen wurde und der Prozess gegen den armenischen Attentäter stattfand, zeigte sich Deutschland gespalten: Demokraten, Sozialisten und Liberale begrüsst den Freispruch,

Vertreter der Rechten, einschliesslich der NSDAP, verurteilten ihn und solidarisierten sich mit dem „Staatsmann“ und „treuen Verbündeten“ Talat.

Der Armeniermord stand vom November 1918 an im Zentrum der Bemühungen der Nachkriegsregierung in Istanbul, die politischen Verbrechen der vergangenen Jahre strafrechtlich aufzuarbeiten. Die antiwestliche Polarisierung, die die Jungtürken, die Bolschewiki und deutsche Revanchisten mit Verve betrieben, behinderte indes die Ansätze zur Aufarbeitung. Sie verliefen endgültig im Sand, als Kemals Gegenregierung in Ankara, die auf KEF-Kreisen aufbaute, die reguläre Regierung in Istanbul ins Abseits stellte. Mit Moskau verbündet, ging sie siegreich gegen westorientierte Armenier, alevitische Kurden und Griechen vor, um eine muslimisch-türkische Alleinherrschaft über Kleinasien zu etablieren. Noch vor den entscheidenden Verhandlungen in Lausanne (November 1922 bis Juli 1923) löste sie sie ganz auf. Fortan tat Ankara den Armeniermord als westliche Verleumdung mit der imperialistischen Absicht ab, die Türkei aufzuteilen.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs im osmanischen Reich ist heute insofern aktuell, als die damals eingeschlagenen und in Lausanne fixierten Wege von verschiedenen Seiten ange-

fochten werden. Recep Tayyip Erdogan, zum Beispiel, hat die Gegenwart explizit als Fortsetzung des Ersten Weltkriegs interpretiert und postuliert, die Türkei wieder grösser zu machen, als der Vertrag von Lausanne sie definierte. Das Kalifat des „Islamischen Staats“ hat beansprucht, die damaligen Grenzregelungen zu annullieren. Von ganz anderer Seite knüpfen Kurden, Armenier und Assyrer (Aramäer) ans Weltkriegende an und verlangen neue, gleichberechtigte Grundlagen des Zusammenlebens. Denn vor hundert Jahren hatte – mit oder ohne Umweg über Mandate – das Weltkriegsende in autoritäre, führerzentrierte, minderheitenfeindliche Zentralstaaten und Einparteienregime nach jungtürkischem Beispiel gemündet. Der Kemalismus, die Baath-Regime und die Türkei Erdogans stehen in dessen langem, nachosmanischem Schatten.

Hans-Lukas Kieser ist Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich, Forschungsfellow des australischen Research Councils und Associate Professor am Centre for the History of Violence der Universität Newcastle, Australien.

Quellen

Viele deutsche Quellen, auch das Lossow-Zitat, finden sich auf www.armenocide.net.

Literatur

Wolfdieter Bihl, *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*. Teil 2. Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit (1917–1918), Wien: Böhlau, 1992

H. Kieser, *Talaat Pasha: Father of Modern Turkey, Architect of Genocide*, Princeton 2018.

Eugene Rogan, *The Fall of the Ottomans: The Great War in the Middle East*, New York 2015.

Standpunkte

Was ist guter Geschichtsunterricht?

Der Geschichtsdidaktiker **Peter Gautschi**:

Geschichtsunterricht ist gut, wenn ein bedeutsamer Lerngegenstand (ein wichtiges „Was?“) mit einer wirksamen Prozessstruktur (mit einem guten „Wie?“) so vermittelt wird, dass Schüler/-innen etwas Neues über die Vergangenheit lernen, das ihnen in Gegenwart und Zukunft hilft, ihr Leben aufgeklärt und gebildet zu bewältigen (ein überzeugendes „Wozu?“).

Geschichte ist also ein bildendes Fach. Mit der Auseinandersetzung mit Geschichte werden Menschen in die Lage versetzt, Antworten auf zentrale Fragen zu ihrem Dasein zu finden: Wie bin ich zu dem geworden, was ich bin? Wie sind wir zu dem geworden, was wir sind? Was hat sich wie und wieso verändert? Wie komme ich zu meinem Urteil über Geschichte? Was soll ich tun? Was will ich tun? Deshalb ist der Auswahl der Lerngegenstände, dem „Was?“, besondere Achtsamkeit zu schenken.

Lerngegenstände sind für historisches Lernen dann bedeutsam, wenn damit Veränderung in der Zeit und Entwicklungszusammenhänge sichtbar gemacht werden und menschliches Handeln in gesellschaftlicher Praxis thematisiert wird. In jedem guten Geschichtsunterricht, in jeder gelungenen Geschichtslektion kommen Menschen mit einem Namen, einem Gesicht und ihren je eigenen Handlungsspielräumen vor. Dies trägt zum Aufbau von Identität bei.

Geschichte ist auch ein mächtiges Herrschaftsmittel. Weil Geschichte von Mächtigen immer wieder missbraucht wird, um Machtlose zu beeinflussen, ist es wichtig, solche Manipulationsmechanismen kennenzulernen, zu durchschauen und alle geschichtlichen Deutungen mit einem skeptischen, kritischen Blick auf Triftigkeit, auf Plausibilität hin zu prüfen. Erst dies bietet Gewähr, dass das, was ich tue, auch das ist, was ich tun will.

Geschichte hat immer etwas mit Geschichten zu tun. Wer sich als Lehrer/-in deshalb an den Leitspruch von Yehuda Bauer „Never teach history without telling a story!“ hält – und dies durchaus in

einem breit verstandenen Sinne, der zum Beispiel Filme und natürlich auch Präsentationen oder Rollenspiele von Lernenden mit meint –, hat eine grosse Chance, dass die Vermittlung interessiert und kognitiv aktiviert.

Die Prozessstruktur – das „Wie?“ – ermöglicht dann eine anregende Begegnung der Lernenden mit dem Universum des Historischen, wenn die Klassenführung effizient ist und die Lernzeit gut genutzt wird, wenn das Klassenklima unterstützend und der Lernprozess klar sowie gut strukturiert ist. Wenn allerdings die Schüler/-innen nicht mittels angepasster Lernaufgaben angeregt und aktiviert werden, nützt die gesamte Prozessstruktur nichts. Lernaufgaben sind also ein Schlüsselfaktor für guten Geschichtsunterricht.

Geschichtsunterricht befähigt schliesslich Lernende zur Wahrnehmung von historischen Zeugnissen und von Veränderungen in der Zeit, zur Erschließung, Überprüfung und Darstellung von



Abb. 1 Französischer Geschichtsunterricht. Karikatur, 1918.
(Foto: De Agostini / G. Dagli Orti / Universal Images Group)

historischen Sachanalysen, zur Interpretation von Geschichte, zum Aufbau von Sachurteilen sowie zur Orientierung, zur Sinnbildung über Zeiterfahrung und zur Werturteilsprüfung.

Geschichte erklärt uns also die Gegenwart. Wer ein selbstbestimmtes Leben führen will, braucht einen grösseren Blick fürs Ganze, um die Handlungsspielräume zu erkennen, um die Gewordenheit zu sehen, um Gefahren zu entgehen und Chancen nutzen zu können. Wir leben in einem riesigen Universum des Historischen, das jeden Tag grösser wird. Vieles davon liegt und bleibt im Dunkeln. Geschichte erhellt die Umgebung, gibt uns eine Landkarte in die Hand und justiert unseren Kompass. Nur mit einer solchen Landkarte (Wissen), mit dem Kompass (Orientierung) und mit Licht (Geschichtsverständnis) weiss ich, wohin ich gehen kann. Kein anderes Fach trägt auf diese Weise zu Weltwissen und Identitätsentwicklung bei wie Geschichte. Das macht Geschichtsunterricht so bedeutsam für das Leben.

Geschichtsunterricht ist dann gut, wenn ein gutes „Was?“ vorkommt, wenn dieses mit einem guten „Wie?“ vermittelt wird und wenn sich dabei die Lernenden ein gutes „Wozu?“ aneignen. Ist einer dieser drei Faktoren nicht gut, dann liegt kein guter Geschichtsunterricht vor. Es lohnt sich deshalb immer wieder, diese drei grundlegenden didaktischen Fragestellungen zu formulieren und die Einlösung im alltäglichen Unterricht kritisch zu überprüfen und zu reflektieren.

Abschliessend noch eine Bemerkung, die für alle, die sich mit Geschichte beschäftigen, selbstverständlich ist: Natürlich haben sich die Antworten auf die Frage, was guter Geschichtsunterricht sei, im Laufe der Zeit geändert, und die Frage wird auch morgen anders beantwortet werden als heute. Und natürlich wird die Frage in anderen Kulturen an anderen Orten anders beantwortet als hier. Umso wichtiger ist es, sich die Frage immer wieder zu stellen und sie mit Kolleginnen, Kollegen und mit den Schülerinnen und Schülern zu besprechen. Sie sind Mitverantwortliche für den Lernprozess, und das muss ihnen bewusst sein. Erfolg kann man nie gegen die Schüler/-innen haben. Guten Geschichtsunterricht gibt es nur in einer funktionierenden Lerngemeinschaft.

Peter Gautschi ist Lehrer, unterrichtete zwischen 1979 und 2004 auf allen Stufen der Aargauer Volksschule und ist heute Leiter des Instituts für Geschichtsdidaktik und Erinnerungskulturen an der PH Luzern sowie Honorarprofessor an der PH Freiburg/Brsg.

Weiterführende Literatur zum Thema:

- Gautschi, Peter (2018): Geschichte verstehen heisst Geschichten erzählen. In: Kuchler, Christian; Sommer, Andreas (Hrsg.): Wirksamer Geschichtsunterricht. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 71–81.
- Beglinger, Martin (2017): Guter Geschichtsunterricht. Einsichten des Geschichtsdidaktikers Peter Gautschi. In: NZZ Geschichte, Heft 11/2017, S. 87–92.
- Gautschi, Peter (2015): Guter Geschichtsunterricht: Grundlagen, Erkenntnisse, Hinweise. 3. Auflage (Erstauflage 2009). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Standpunkte

Was ist guter Geschichtsunterricht?

Die Gymnasiastinnen **Hanna Müller**, **Noemi Ritzmann** und **Louise Roos**

Geschichte ist ein ambivalentes Fach. Einerseits kann es einem Schulstunden beschern, die sich in die Länge ziehen wie Kaugummi, in denen man schlaftrunken über zäher Sekundärliteratur sitzt. Andererseits kann es auch das interessanteste aller Fächer sein, das einem Dinge fürs Leben lehrt und Denkanstösse auch ausserhalb des normalen Unterrichts gibt.

Doch wie lässt sich der zweite Typus, der „gute Geschichtsunterricht“, erreichen? Geschichtsunterricht ist ohne eine gewisse Menge an Quellenarbeit und Texten nicht möglich. Somit ist das „komplizierte Textelezen“ ein wichtiger Bestandteil des Geschichtsunterrichts, der etwas Disziplin erfordert. Auf das Lesen dieser Quellen sollte aber meistens eine Diskussion in Gruppen oder im Plenum folgen. Texte zu erörtern, zu analysieren, Lösungsansätze oder Alternativen zu finden oder sich in manchen Fällen einmal mehr zu vergegenwärtigen, dass Gelesenes nicht etwa der Fantasie irgendeines verrückten Filmemachers entsprungen ist, sondern in Wirklichkeit passiert ist, scheint uns essenziell.

Als unbeliebt gilt das Auswendiglernen von Jahreszahlen und genauen Daten. Hier zählt, wie wir finden: Einige grobe Zahlen, eben die wichtigsten Jahreszahlen sollten einem geläufig sein, um eine Struktur in sein geschichtliches Wissen bringen zu können. Sonst reizt auch uns genaues Zahlenpauken sicher nicht.

Textlesen ist schön und gut. Was jedoch besonders Spass macht, ist das Interpretieren der Quellen. Aber nicht nur Texte, sondern auch Gemälde, Fotografien, Gebäude, Statuen, Briefe, Zeitungen, Plakate ... Alles Mögliche analysieren (auch im Plenum zusammentragen) und interpretieren sorgt für „Aha-Effekte“ und lässt geschichtliche Fakten wahrhaftiger wirken (sozusagen als Beweiserbringung).

Durch Fotografien, Antiquitäten oder andere Zeitzeugen kann Geschichte greifbarer, realer und verständlicher werden. 1000 Mark einmal selbst in der Hand gehalten zu haben oder Bilder der Aztekentempel zu sehen, ermöglicht einem eine viel engere Beziehung zu den einzelnen Themenbereichen. Manche Filme (zum Beispiel „Im Westen nichts Neues“) stimmen uns nachdenklich und beschäftigen uns noch lange.

Auch das Nacherleben beziehungsweise Simulieren gewisser Situationen schätzen wir sehr. So haben wir beispielsweise mit Feuersteinen, so wie die Steinzeitmenschen, selbst Feuer geschürt oder anhand eines Spiels die Situation während und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg unter den einzelnen Grossmächten simuliert. Das Verständnis für gewisse Verhaltensweisen verschiedener Menschen oder Völker steigt dabei.

Natürlich zählen zu den genannten „Geschichtsveranschaulichungen“ auch Museumsbesuche und Exkursionen. Wir sind davon überzeugt, dass man Geschichtliches nie wieder vergisst, wenn man vor Ort war. Das bleibt einfach.

Letzten Endes lässt sich also festhalten, dass es wieder einmal auf die Mischung ankommt. Etwas schweisstreibende Quellenarbeit, etwas Interpretation, die eine oder andere Exkursion und viel Diskussion machen für uns einen guten Geschichtsunterricht aus.

Hanna Müller, **Noemi Ritzmann** und **Louise Roos** besuchten im Schuljahr 2017/18 die Klasse 4sb an der Kantonsschule Schaffhausen.

Der Versailler Friedensvertrag, 28. Juni 1919

Martin Pryde

Zielgruppe: Sekundarstufe II, auch Immersion
Methoden: Selbstständige Arbeit, Lektüre, Plenumsdiskussion
Lektionenzahl: 1 Lektion

Der Friedensvertrag von Versailles gehört zum Standardrepertoire in jedem Geschichtsunterricht. Die folgende Aufgabenstellung ist als Einstieg in die Thematik gedacht. Dabei sollen die SuS zuerst eigenständig überlegen, was überhaupt gelungene Optionen für einen Friedensvertrag wären, und erst in einem zweiten Schritt wird dann diese ideale Version mit der Realität verglichen. Daraus ergeben sich spannende Diskussionen mit den SuS, da sich im Vertrag sehr gut die Differenz zwischen einer idealen Friedenspolitik und realer Machtpolitik der einzelnen Akteure zeigen lässt. Durch die Einführung mit den Optionen bleiben die Diskussionen dabei trotzdem immer auf das Thema fokussiert, und die Optionen nötigen

die SuS zu sehr konkreten Antworten und Begründungen. Die Aufgabenstellung funktioniert gut mit allen gängigen Texten zum Versailler Friedensvertrag, weshalb hier nicht noch zusätzlich ein spezifischer Text abgedruckt wird.

Im Anschluss an die Lektion können die SuS den Friedensvertrag fundiert und differenziert beurteilen.

Immersion

Zur Verwendung des Materials im Immersionsunterricht sind die Arbeitsvorschläge und die Optionen sowohl in Deutsch als auch in Englisch wiedergegeben.

Arbeitsvorschläge

1. Wählen Sie von den 9 Diskussionspunkten jeweils diejenige Option aus, welche Sie für die Beste halten, um den Frieden zu sichern. Begründen Sie die Auswahl und markieren Sie die Auswahl mit einer Farbe.
2. Lesen Sie den Text zum Versailler Vertrag. Halten Sie mit einer anderen Farbe fest, welche Optionen von den Siegermächten festgelegt wurden.
3. Vergleichen Sie Ihre beiden Versionen. Wo sehen Sie die Probleme, wo sehen Sie die Stärken des Versailler Vertrages?
4. Zusatzauftrag: Wie vermuten Sie, dass die unterschiedlichen am Krieg beteiligten Nationen den Friedensschluss beurteilen? Überprüfen Sie Ihre Vermutungen anhand einer Recherche.



Questions

1. Decide for yourself, what would be the ideal option for the 9 key points?
2. Read the text in the book and study this handout. What was really decided? Why?
3. What are your conclusions?

Optionenblatt: Der Versailler Vertrag

	Diskussionspunkte	Option 1	Option 2	Option 3
1	Schuldfrage – wer ist verantwortlich für den Ersten Weltkrieg?	Deutschland	Keine Nation/alle gleich	Österreich-Ungarn/Serbien
2	Kriegskosten – wer bezahlt für die Schäden?	Deutschland	Jede Nation selber	Der Völkerbund wird entscheiden
3	Wie gestaltet man die Ostgrenze? (Posen und Westpreussen)	Da viele Deutsche dort leben: bei Dt. bleiben	Zum neuen Staat Polen	Nur Westpreussen zu Polen
4	Was passiert mit dem Militärapparat von Deutschland?	Reduktion auf 100'000 Mann, Marine auf 36 Schiffe reduziert, Verbot von schweren Waffen (Panzer, U-Boote, Flugzeuge)	Reduktion auf 250'000 Mann, Marine auf 50 Schiffe reduziert	Militärische Stärke gleich wie vor dem Ersten Weltkrieg, keine weiteren Bestimmungen
5	Was passiert mit den deutschen Kolonien ?	Die Kolonien werden selbständige und unabhängige Staaten	Deutschland behält seine Kolonien	Verwaltung der dt. Kolonien im Auftrag des Völkerbundes.
6	Wem gehört Elsass-Lothringen ?	Frankreich	Bleibt bei Deutschland	Völkerbund übernimmt die Kontrolle, bis eine endgültige Lösung gefunden ist
7	Was passiert mit dem Rheinland ?	Entmilitarisierte Zone	Zu Frankreich	Unveränderte Grenzen, Aktivitäten werden aber durch den Völkerbund kontrolliert
8	Wem gehört das Sargebiet? (Kohle)	Für 15 Jahre Völkerbundsverwaltung, danach Volksabstimmung (Kohlengruben zu Frankreich)	Bleibt bei Deutschland	Bleibt bei Deutschland, aber die Hälfte der Erträge geht an die Alliierten
9	Deutschland - ein Mitglied des Völkerbundes ?	Nein	Nach einer gewissen Zeit möglich	Ja

Options: The Treaty of Versailles

	Key Points	Option 1	Option 2	Option 3
1	Guilt – who is responsible?	Germany	No nation (=all)	Austria/Serbia
2	Reparation – Who should pay for all the damages?	Germany	Each nation by itself	League of Nations
3	Borders: How should the eastern border be organised? (Posen and Westpreussen, see map)	A lot of Germans – remains with Germany	To the new established state Poland	Only Westpreussen to Poland
4	What happens to the German troops?	Reduction to 100'000, Marine only 36 ships in total, no conscription, ban of aeroplanes and tanks	Reduction to 250'000	Same strength as before WW 1
5	German colonies?	Liberated states	Germany is still in power	League of Nations in charge
6	Elsass-Lothringen French or German?	France	Germany	League of Nations
7	What happens to the Rheinland?	Demilitarized Zone	France	League of Nations
8	Who gets the Saargebiet? (Coal)	For 15 Years: League of Nations, then plebiscite (Coal to France)	Remains with Germany	German, but half of the coal goes to the Allies
9	Germany – Part of the League of Nations?	No	After a certain time	Yes

Die Verträge von Évian 1962 – das Ende des Algerienkrieges

Valentin Schönherr

Zielgruppe: Sekundarstufe II

Methoden: Quellenarbeit, Gruppen- und Plenumsdiskussion

Lektionenzahl: 3 Lektionen

Der Algerienkrieg (1954–1962) wird ausserhalb Frankreichs und Algeriens im Schatten anderer vergleichbarer Ereignisse wahrgenommen, zum Beispiel der Unabhängigkeit Indiens oder des Vietnamkriegs. Durch seine Verflechtung mit anderen zentralen Ereigniskomplexen seiner Zeit, etwa der Niederlage der französischen Indochina-Armee in Dien Bien Phu im Mai 1954, der Suez-Krise im Herbst 1956, der Bewegung der Blockfreien oder dem Ende der IV. und der Entstehung der V. französischen Republik 1958/59, ist der Algerienkrieg in seiner Bedeutung für die Entkolonisierungsgeschichte allerdings kaum zu überschätzen. Für das Verständnis der Geschichte und Gegenwart Frankreichs und Algeriens selbst ist er ohnehin unabdingbar, dort ist die Auseinandersetzung mit diesem verlustreichen Krieg bis heute nicht abgeschlossen.

Der Vertrag von Évian, ausgehandelt zwischen der Regierung unter Präsident Charles de Gaulle und der Führung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung FLN (Front de libération nationale), brachte den Waffenstillstand (19. März 1962) sowie die Unabhängigkeit Algeriens (5. Juli 1962). Sowohl die französische als auch die muslimisch-algerische Seite waren jedoch in sich komplex gespalten. So wideretzten sich grosse Teile des französischen

Militärs dem Abzug und bildeten mit der OAS (Organisation Armée Secrète) eine Untergrundarmee, die in den letzten Kriegsmonaten für schwere Gewalttaten an Franzosen wie Algeriern gleichermassen verantwortlich war. Auf muslimisch-algerischer Seite ist vor allem das Schicksal der Harkis zu erwähnen, der muslimischen Hilfstruppen, die durch die französische Armee im Krieg rekrutiert wurden. Die Zusage, den Harkis in Frankreich Aufnahme zu gewähren, wurde Mitte 1962 widerrufen, und die siegreiche FLN liess Zehntausende Harkis ermorden.

Was bedeutet also der Vertrag von Évian für die verschiedenen Gruppierungen? Ausgewählte Quellen bieten hier für Schülerinnen und Schüler spannende Zugänge. Die Bewertung des Vertrags und seiner Umsetzung wird zu einem Übungsfeld in multiperspektivischem Denken.

Der Kriegsverlauf selbst wird durch das chronologische und statistische Material nur skizziert, kann aber durch die Lehrperson mit eigenen Materialien leicht vertieft werden. Im Zentrum der vorgeschlagenen Lektionen steht die Analyse des Vertrags selbst sowie der Quellen unter der Fragestellung, welche Folgen der Vertrag für die erwähnten Personen bzw. Gruppierungen, ihre Erfahrungen und Sichtweisen hat.

Chronologie des Algerienkriegs

Juni 1954	Gründung der Front de libération nationale (FLN) als algerisch-nationalistische Befreiungsorganisation gegen die französische Kolonialherrschaft
1. November 1954	Rund 30 Anschläge der FLN gegen Franzosen und französische Einrichtungen markieren den Kriegsbeginn
3. April 1955	Französische Notstandsgesetze, Ausnahmezustand in Algerien
20. August 1955	Massaker von Constantine: Die FLN tötet über 100 Franzosen, daraufhin die französische Armee mehrere Tausend Algerier
7. Januar 1957	Vertreibung der FLN aus Algier. Systematische Folterungen durch die französische Armee in Algerien
28. Mai 1957	Massaker von Melouza. Die FLN tötet rund 300 Dorfbewohner, darunter Partisanen konkurrierender Rebellengruppen
Mai 1958	Staatsstreich der französischen Armee, Rücktritt der Regierung
1. Juni 1958	Charles de Gaulle wird Ministerpräsident mit weitreichenden Vollmachten, Verfassungsreform, Umwandlung Frankreichs zu einer Präsidialrepublik („V. Republik“)
21. Dezember 1958 1958/59	Charles de Gaulle wird zum Präsidenten gewählt Ausweitung der militärischen Repression unter Charles de Gaulle, allerdings ohne nachhaltigen Erfolg
16. September 1959	Erste Erwähnung der Möglichkeit, Algerien in die Unabhängigkeit zu entlassen, durch Charles de Gaulle
19. Dezember 1960	Die Vereinten Nationen erkennen Algeriens Recht auf Unabhängigkeit an
8. Januar 1961	Referendum in Frankreich über die „Selbstbestimmung“ (autodétermination) Algeriens. 75 Prozent Ja.
18. März 1962	Unterzeichnung der Verträge von Évian
19. März 1962	Waffenstillstand
1. Juli 1962	Algerisches Unabhängigkeitsreferendum: 99.72 Prozent Ja
3. Juli 1962	Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit durch Frankreich
5. Juli 1962	Unabhängigkeitsfeier in Algerien

Der Algerienkrieg in Zahlen

- 1954 leben 10 Millionen Menschen in der französischen Kolonie Algerien, darunter 1 Million Nichtmuslime (Franzosen, Spanier, Italiener, Juden). 200'000 muslimische Algerier leben in Frankreich.
- 1,4 Millionen französische Soldaten werden durch 263'000 muslimische Hilfskräfte unterstützt.
- 90'000 Kämpfer umfasst die Armée de libération nationale (ALN), die Armee der FLN, im Jahre 1958.
- 2 Millionen muslimische Algerier werden zwangsumgesiedelt.
- 300'000 muslimische Kriegsoffer schätzt die französische Seite, 1,5 Millionen lautete die offizielle Nachkriegsangabe des algerischen Staates.
- 1'400 von Frankreich verhängte Todesurteile, davon 200 vollstreckt.
- 20'000 getötete und 21'000 verwundete europäische und muslimische zivile Opfer bei Attentaten in Algerien.
- Mehrere Zehntausend Harkis werden nach dem 19. März 1962 in Algerien getötet.
- 1 Million Menschen verlassen Algerien in Richtung Frankreich, darunter 60'000 Harkis.

Alle Angaben nach: Benjamin Stora, Algérie 1954-1962. Lettres, carnets et récits des Français et des Algériens dans la guerre. Paris 2010, S. 114 f.

Quelle 1

Die Bestimmungen der Verträge von Évian, 18. März 1962. Zusammenstellung

- **Waffenstillstand** ab 19. März 1962
- **Unabhängigkeit Algeriens** (auf dem Referendumsweg)
- Regelungen hinsichtlich der **Staatsbürgerschaft**: Personen französischer Staatsbürgerschaft, die am Tag der Unabhängigkeitserklärung in Algerien leben, können für drei Jahre unter Beibehaltung der französischen Staatsbürgerschaft die algerischen Bürgerrechte ausüben (während ihre französischen ruhen) und danach durch Antrag die algerische Staatsbürgerschaft ohne weitere Bedingungen erwerben.
- Regelungen hinsichtlich der **Freizügigkeit**: Wer aus Algerien geflüchtet war, durfte zurückkehren. Freizügigkeit für Algerier und Franzosen in Bezug auf beide Länder. Algerier wie Franzosen, die aus Algerien wegziehen wollen, dürfen dies, unter Garantie ihres Eigentums.
- Regelungen hinsichtlich der **Strafverfolgung**: Freilassung aller Gefangenen innerhalb von 20 Tagen nach Vertragsabschluss, Amnestie für alle Straftaten im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg
- Regelungen hinsichtlich der **Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Algerien**: Freihandel, wirtschaftliche, technische und finanzielle Kooperation, Garantie der bestehenden Öl- und Gas-Konzessionen. Das französische Militär behält Nutzungsrechte an Stützpunkten in Algerien, insbesondere für den Marine- und Luftwaffenstützpunkt Mers-el-Kébir (auf 15 Jahre).

Verfassertext auf der Grundlage von https://de.wikipedia.org/wiki/Vertr%C3%A4ge_von_%C3%99vian (30. September 2018)

Quelle 2

Verträge von Évian, 18. März 1962. „Allgemeine Erklärung“

Durch den Volksentscheid vom 8. Januar 1961 hat das französische Volk den Algeriern das Recht zuerkannt, ihr politisches Schicksal gegenüber der französischen Republik durch eine Volksbefragung in Form einer direkten und allgemeinen Wahl selbst zu bestimmen. Die Gespräche, die in Évian vom 7. bis 18. März 1962 zwischen der Regierung der Republik und der FLN stattgefunden haben, sind zu folgendem Ergebnis gelangt:

Eine Feuereinstellung ist beschlossen. Alle militärischen Operationen und der bewaffnete Kampf werden am 19. März 1962 auf dem gesamten algerischen Territorium eingestellt. Die Garantien für die Durchführung der Selbstbestimmung und Organisation der öffentlichen Gewalten in Algerien während der Übergangsperiode wurden im gemeinsamen Einvernehmen festgelegt. Da die Bildung eines unabhängigen souveränen Staates auf Grund der Selbstbestimmung den algerischen Realitäten angemessen erscheint und die Zusammenarbeit Frankreichs und Algeriens unter diesen Bedingungen den Interessen der beiden Länder entspricht, glauben die französische Regierung und die FLN, dass die Unabhängigkeit Algeriens in Zusammenarbeit mit Frankreich eine Lösung ist, die dieser Lage entspricht. Die Regierung und die FLN haben daher diese Lösung im gemeinsamen Einvernehmen in Erklärungen festgelegt, die der Zustimmung der Wähler anlässlich der Volksbefragung zur Selbstbestimmung unterbreitet werden.

Archiv der Gegenwart, 1962, S. 9768.



Abb. 1

Quelle 3

Charles Ailleret, Die Verkündung des Waffenstillstands in Algerien.

Algier, 19. März 1962

Tagesbefehl

An alle Sicherheitskräfte

Der soeben abgeschlossene Waffenstillstand beendet mehr als sieben Jahre der Kämpfe, bei denen unsere Armee die Aufgabe hatte, sich den Gewaltakten eines Gegners zu widersetzen, die oft überzogen, aber stets mutig waren.

Sie hat die bewaffneten Banden der Djebel bekämpft. Sie hat sie dezimiert und in die Defensive gedrängt. Sie hat die auswärtigen Rebellengruppen ferngehalten. Sie hat die Gefahr eines allgemeinen Guerillakrieges im Keim erstickt. Auf diese Weise wurden die notwendigen militärischen Bedingungen zur Lösung eines sehr schwerwiegenden politischen Problems geschaffen. Diese Aufgabe ist also erfüllt.

Die Armee kann stolz sein auf die Erfolge ihrer Waffen, auf die Tapferkeit und das Pflichtbewusstsein ihrer Soldaten, der regulären Truppen wie der Hilfssoldaten, sowie auf ihre Hilfeleistungen zugunsten der Bevölkerung, die von den Ereignissen schwer heimgesucht wurde.

Ihre Rolle ist hiermit nicht beendet. Sie muss – durch ihre Präsenz und, falls notwendig, durch ihr Handeln – dazu beitragen, das Überhandnehmen der Unordnung zu verhindern, wer auch immer dafür verantwortlich sein mag. Heute wie gestern, im Frieden wie im Krieg, bleibt die französische Armee der Tradition ihres Pflichtbewusstseins treu.

Aus: Benjamin Stora, *Algérie 1954-1962. Lettres, carnets et récits des Français et des Algériens dans la guerre.* Paris 2010, S. 110.

Zu den Abbildungen:

Denkmal für die Algerienheimkehrer (*ped-noirs*) von 1962 in Marseille, errichtet 2012. Ausschnitt (Abb. 1) und Gesamtansicht (Abb. 2).

(Fotos: Valentin Schönherr)

Quelle 4

Zeitungscommentar zu den Verträgen von Évian, 23. März 1962. Auszug

Der deutsche Journalist Rudolf Fischer kommentierte den Vertrag von Évian in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 23. März 1962 so:

Offensichtlich hat vor allem Paris in den letzten Phasen beträchtliche Zugeständnisse gemacht. Dies geht eindeutig aus Vergleichen mit früheren Reden de Gaulles hervor. Niemand sprach in Evian mehr vom „Messer, das an der Garderobe abgegeben“ werden müsse; es kam auch nicht zur „Konsultation aller politischen Tendenzen“ in Algerien. Die Algerier haben sich mit ihrem Anspruch auf die Sahara völlig durchgesetzt. In drei Jahren wird die französische Armee ganz Algerien bis auf wenige Militärstützpunkte, wie Mers-El-Kebir, geräumt haben. Die Europäer, die nach diesem Zeitpunkt noch nicht ausgewandert sind, verlieren jene doppelte Nationalität, der von französischer Seite anfänglich so starke Bedeutung zugemessen worden war. Paris wird sich überdies binnen kurzem mit einem Algerien abfinden müssen, das sich zum neutralistischen Lager zählt. Und welches Gewicht werden schliesslich die sogenannten Garantien für die europäische Minderheit haben, wenn sich die zukünftige algerische Regierung darauf herausreden sollte, sie sei es ja nicht gewesen, die sie gewährt habe?

<https://www.zeit.de/1962/12/das-vertragswerk-von-evian/komplettansicht> (10. August 2018)



Abb. 2

Quelle 5

Erinnerungen des *pied-noir* Jean-Jacques Gonzales an die Abreise aus Oran, Algerien, im Juni 1962.

Eines Morgens, ohne dass etwas Besonderes vorgefallen wäre, wurde bekannt gegeben, dass der Krieg verloren sei und wir abreisen müssten. An diesem Tag begriff mein Vater, dass er zu den Besiegten gehörte und fliehen musste. Er musste für immer den Schauplatz seiner Sorge verlassen, für immer. Denn man machte ihm klar, dass er nie würde zurückkehren können. Das Verhängnis der Situation kam von aussen über ihn, ohne dass er je verstanden hätte, was genau passiert war. Er wusste nur, dass er alles dort lassen musste, dort, im Ungewissen.

Ich glaube, meine Mutter hatte nie die Kraft darüber nachzudenken, ob es vielleicht möglich gewesen wäre, dort bei uns weiter wohnen zu bleiben, mit den Arabern. Es gab nur alles oder nichts. Sie hatte sich für das Nichts entschieden. Die Verzweiflung hatte ihr Werk getan.

Als sie die Villa endgültig verliessen, nachdem sie alles an sich genommen hatten, was sie tragen konnten – ich glaube, da haben sie eine Runde durch die geräumigen Zimmer unseres Hauses gemacht, sie haben sie eines nach dem anderen einen kurzen Moment angeschaut, sie haben noch einmal die Gesten des Bedauerns und des Überdrusses wiederholt, vielleicht haben sie mit der Handfläche über das Holz eines Möbelstücks gestrichen, über die Rundung eines Treppengeländers, über den Putz einer Wand, ihre Gesichter wurden schwach erhellt durch den Widerschein der auf- oder untergehenden Sonne im weissen Marmor unserer grossen Treppe, und ihre Stimme hat gezittert, wenn sie einander ein paar Worte gesagt haben.

Meine Mutter hat vorgeschlagen, den Gashebel zu öffnen und alles in Brand zu setzen. Mein Vater war dagegen. Er schloss die Tür ab, bevor wir gingen.

Jean-Jacques Gonzales: Oran. Paris 1998. Zit. bei: Benjamin Stora, *Algérie 1954-1962. Lettres, carnets et récits des Français et des Algériens dans la guerre*. Paris 2010, S. 70. (Übersetzung: Christian Villiger)

Quelle 6

Erinnerungen einer französischen Journalistin Madeleine Riffaud war im Jahre 1962 38 Jahre alt und Kriegsreporterin der Zeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs, „L’Humanité“. Aufgezeichnet von Jean-Pierre Guéno (*kursiv: Originalton Riffaud*).

Am 26. Juni 1962 ist Oran gesperrte Zone. Der Waffenstillstand, drei Monate zuvor unterzeichnet, wird von allen respektiert ausser von der OAS. Man muss „den Scheissarabern auf die Füsse treten“, damit sie wieder zu den Waffen greifen. Jeden Tag werden zwischen 10 und 50 Algerier ermordet. Die OAS plündert die Banken, verübt Plastikbombenanschläge auf das Spital, das Rathaus, die Bibliothek, die Entbindungsklinik. Es herrscht Terror. Europäische Journalisten dürfen sich hier nicht aufhalten. Madeleine Riffaud wird von der OAS zum Tode verurteilt. Sie gibt sich als Assistentin eines Journalisten aus, den sie vor kurzem kennengelernt hat: Jean-Pierre Farkas, Sonderkorrespondent von RTL. In Oran wohnen sie im Hotel Martinez. „Auf der Strasse wird vor unseren Augen ein kleiner algerischer Junge, der dort Orangen verkaufte, von jugendlichen Europäern getötet, die einen Skulptanz um seinen Körper herum aufführen.“ Die Kohlelager gehen in Flammen auf. In einigen Quartieren ist es seit zwei Tagen dunkel wie in der Nacht. [...] Die Telefonzentrale fliegt in die Luft. Riffaud und Farkas wollen nach Mostaganem fahren, um ihre Reportagen durchzugeben. Sie machen sich gemeinsam mit einer ansässigen Journalistin von *France-Soir* auf den Weg. Sie waren zu schwatzhaft. Die OAS folgt ihnen. „Die OAS hat mit voller Wucht einen grossen mit einer Plane überdeckten Lastwagen in unser Auto gesteuert“, erzählt Madeleine Riffaud. „Der Aufprall war fürchterlich. Farkas wurde durch die Frontscheibe regelrecht skalpiert.“ Madeleines Körper ist verrenkt, Arm und Hand gebrochen, das Bein offen, Schädeltrauma. Französische Soldaten befreien sie aus dem Wrack. Man bringt sie in das, was vom Spital noch übriggeblieben ist. [...]

Die OAS ist hinter ihnen her, um sie umzubringen. „Wir wurden herausgebracht dank einer Freundin, der schwedischen Journalistin Christina Lilliestierna, die für die Zeitung *Aftonbladet* arbeitete.“ Sie kehren ins Hotel Martinez

zurück. „Man hat uns ohne Wissen des Hotelbesitzers vier Tage lang unter dem Dach versteckt.“ Sie reisen am 30. Juni ab, am Vorabend des Referendums über die Selbstverwaltung Algeriens. In einer privaten Klinik, wo sie als „Monsieur und Madame Farkas, auf der Strasse verunfallt“ registriert werden, operiert ein Arzt Madeleines Frakturen ohne Anästhesie. Dort gibt es noch Dutzende OAS-Kämpfer, die von der CRS verletzt wurden. Die Atmosphäre ist drückend. Ein Armeeflugzeug evakuiert die beiden schliesslich nach Algier. Es ist der 1. Juli 1962: 99,72 % der abgegebenen Stimmen sprechen sich für die Unabhängigkeit aus.

Guerre d'Algérie. Mémoires parallèles.
Le Monde, Hors-Série Februar/März 2012, S. 87.
(Übersetzung: Christian Villiger)

Quelle 7

Das Schicksal der Harki. Azzedine erzählt

Azzedine, geboren 1931, stammte aus Skikda und diente in den Hilfstruppen der französischen Armee.

Am 5. Juli 1962 hielt ich mich noch in meinem Dorf auf. Ich habe die Erinnerung an die Unabhängigkeitsfeier immer noch in meinen Augen und in meinem Kopf. Moussa, unser Lebensmittelhändler, sagte mir eines Tages: „Hör mal, mein Sohn, du hättest nie aus Frankreich zurückkehren sollen. Ich habe Angst, dass man dir irgendwann etwas antut.“ Ich beruhigte ihn, indem ich sagte, dass ich niemandem etwas angetan hätte. Es stimmt, dass ich beim Verhör dabei war, einem sehr strengen, des Sohnes des Getreidehändlers, aber ich habe ihn nie berührt. Er könnte das bezeugen. Es gab keine Gemetzel in meinem Dorf, da der ALN-Chef die Region Tag und Nacht überwachen liess. Unglücklicherweise wurde er am 15. Oktober 1962 durch einen anderen Chef ersetzt. Azizi war sehr scharf und unbarmherzig. Vor aller Augen hat er nichts gemacht, aber fast jede Nacht wurden ehemalige Harkis und sogar deren Familienangehörige umgebracht. Einige wurden ins Gefängnis gesteckt oder direkt an die tunesische Grenze geschickt, um mit blossen Händen in den Gebieten an der Morice-Linie Minen zu räumen. Ich wurde nur dank der Klugheit mei-

ner Frau gerettet. Während der ganzen gefährlichen Zeit liess sie mich in einem Zimmer mit den Frauen schlafen, in ihren Kleidern. Ich band mir die Kopftücher meiner armen Mutter um. Eines Nachts sind zwei bewaffnete Männer gekommen, um mich zu verhaften. Nur dank dieser List bin ich dem sicheren Tod entgangen.

Fatima Besnaci-Lancou, Gilles Manceron: Les Harkis dans la colonisation et ses suites. Ivry-sur-Seine 2008, S. 98.
(Übersetzung: Christian Villiger)

Quelle 8

Der Unabhängigkeitskrieg im algerischen Geschichtsunterricht

Im Geschichtscurriculum algerischer Schulen wird der Krieg dreimal behandelt: im 5. und 9. Schuljahr sowie in der 3. Jahrgangsstufe der Oberstufe in Vorbereitung auf die Matur. Das Fach Geschichte wird überhaupt erst ab der 5. Klasse unterrichtet, und der obligatorische Stoff beginnt mit dem Krieg, der mit 30 Minuten pro Woche das gesamte Schuljahr ausfüllt. Die Gliederung des Stoffes ist folgendermassen gestaltet:

- Der 1. November 1954
- Der Aufruf vom 1. November 1954
- Die FLN
- Die Verbrechen des Kolonialismus: Deportation und Blockade
- Die Verbrechen des Kolonialismus: Folter und Morde
- Das algerische Volk fordert den Kolonialismus heraus: der achttägige Generalstreik (Januar-Februar 1957)
- Das algerische Volk fordert den Kolonialismus heraus: die Demonstrationen vom Dezember 1960
- Das algerische Volk siegt: das Abkommen von Evian, das Referendum über die Selbstbestimmung und die Verkündung der Unabhängigkeit am 5. Juli 1962
- Der Preis der Freiheit
- Das algerische Volk setzt seine Revolution fort: der Aufbau des sozialistischen Staates

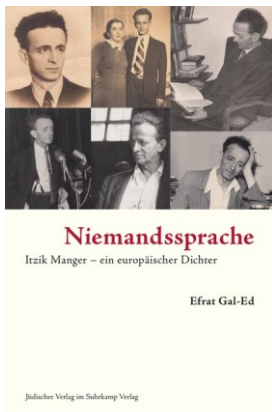
Tayeb Chenntouf: Die Geburt eines Schulfachs – Geschichte in Algerien. In: Christiane Kohser-Spohn, Frank Renken (Hg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts. Frankfurt/New York 2008, S. 192-204, hier S. 195.

Jiddischland blieb Utopie

Ausgewählte Neuerscheinungen zur Geschichte der Juden in Polen

Eine Rezension von Sebastian Bott

Die drei hier zu besprechenden Publikationen geben Auskunft über ein Spannungsfeld, das die polnische Geschichte seit jeher durchzieht: das Verhältnis der katholischen Polen zu ihren jüdischen Nachbarn. Mit den nationalkonservativen Politikern der PiS rückt dieses Verhältnis neuerdings vermehrt in die Aufmerksamkeit auch der internationalen Presse. So schaffte es die PiS-Novelle zum *Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens* auf die Titelseite des Wochenmagazins *Newsweek* (4.5.2018, *Legacy of Ashes: Millions of Polish Jews died during the Holocaust. Who's to blame?*). Die offensive Geschichtspolitik der PiS Regierung führte nicht nur zur Entlassung des designierten Direktors des neuen *Museums des Zweiten Weltkrieges* in Danzig, Paweł Machcewicz', sie richtet sich auch gegen die liberale Zeitung *Gazeta Wyborcza* und ihren jüdischstämmigen Chefredakteur Adam Michnik. Umso wichtiger scheint es mir, historiographische Studien über die konfliktreiche polnisch-jüdische Geschichte auch ausserhalb Polens zur Kenntnis zu nehmen.



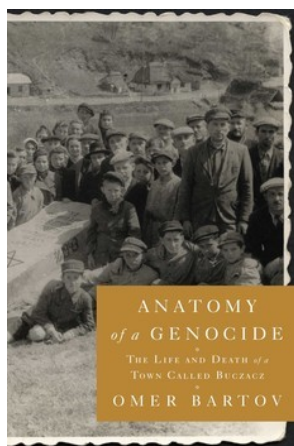
Efrat Gal-Ed: Niemandssprache. Jüdischer Verlag, Berlin 2016, 784 Seiten.

Efrat Gal-Ed, Professorin für jiddische Kultur in Düsseldorf, übersetzte bereits 2004 Gedichte von Itzik Manger vom Jiddischen ins Deutsche. Mit *Niemandssprache: Itzik Manger – ein europäischer Dichter* legte sie 2016 eine fulminante Biographie dieses grossartigen deutsch-rumänisch-polnisch-jiddisch sprechenden und schreibenden Dichters, eines wahrhaften Europäers, vor. Die wunderbar illustrierte Biographie lädt auf vielfältige Weise zum Schmö-

kern, Schauen, Staunen ein. Wie in der Druckfassung des *Babylonischen Talmuds* von 1520 umfasst jede Buchseite mehrere, in unterschiedlichen Typen gesetzte Textsorten. Originalauszüge aus Mangers Schriften erscheinen in Jiddisch mit hebräischen Buchstaben, der Fliesstext wird umrahmt von vielfältigen, stets tief gelehrten Kommentaren und Ergänzungen.

Itzik Manger wurde am 30. Mai 1901 in Czernowitz in eine Schneiderfamilie geboren. Nicht weit vom Wohnhaus kommt im gleichen Jahr Rosalie Scherzer (die spätere Rose Ausländer) zur Welt, die Kinder werden miteinander gespielt haben. 1908 wird in Czernowitz die erste internationale jiddische Sprachkonferenz stattfinden. Jiddisch soll als Nationalsprache des jüdischen Volks anerkannt werden. Itzik spricht zu Hause Jiddisch, liest Deutsch und Rumänisch. Über Stationen in Jassy, erneut Czernowitz und Bukarest gelangt er im Dezember 1928 nach Warschau, wo er mit Unterbrechungen bis 1938 lebt. Ein Fünftel der Judenheit weltweit lebte 1931 in Polen, alleine in Warschau über 350'000 (30 Prozent der Stadtbevölkerung). Die Zweite Republik hatte zwar einen Minoritätenvertrag in Versailles unterschreiben müssen, längst gehörten jedoch antisemitische Agitation, Boykottaufrufe und öffentliche Diskriminierung zum Alltag. Efrat Gal-Ed zeichnet ein faszinierendes Bild vom jüdischen Leben der 1930er Jahre. Alleine in Warschau erschienen elf jiddische Tageszeitungen, über Rainer Maria Rilkes Tod wurde genauso intensiv diskutiert wie über sowjetische Spielfilme oder Ausstellungen jüdischer Maler in Berlin. Die polyglotte jiddisch-säkulare Intelligenz, schreibt Gal-Ed, bewegte sich zwischen den europäischen Literaturen und verstand ihr eigenes Schreiben als Teil eines *transnationalen* Europas. Manger veröffentlicht seinen ersten Gedichtband *Sterne auf dem Dach*, in Zukunft wird er reisen, Lesungen halten, für Tageszeitungen Artikel verfassen und einen zweiten Gedichtband (*Laterne im Wind*) veröffentlichen. Rochl Auerbach, die spätere Ko-Leiterin von Yad Vashem, wird

Mangers Lebensgefährtin. Sie übersetzte Mangers Gedichte ins Polnische und wurde nach 1939 Zeugin und Chronistin der Schoah. Manger verlässt Warschau 1938 in Richtung Paris, die Kriegszeit verbringt er in London. Gal-Ed nennt diese Londoner Jahre *Zeit des Überlebens und Verstummens*. Manger bewegt sich in jüdischen Exilkreisen, veröffentlicht weiter Gedichte und bemüht sich um Solidarität mit dem polnischen Judentum. Englisch kann er nicht zu seiner Dichtersprache machen, das jiddische Lesepublikum ist physisch vernichtet. Im April 1948 kehrt Manger für einen kurzen Moment nach Warschau zurück. Das Denkmal für die *Helden des Gettos* soll enthüllt werden. Manger fragt weinend: „Wie kommt es, dass alle Völker die Gräber ihrer Dichter besuchen, und bei uns besuchen die Dichter das Grab ihres Volkes?“ Jiddischland hatte sein osteuropäisches Zentrum verloren, Manger bemüht sich bis zu seinem Tod 1969 ein *Altneujiddischland* in Montreal und New York zu beleben, findet aber nur in Israel Anklang. Sein Begräbnis in Tel Aviv am 22. Februar 1969 gleicht einem Staatsbegräbnis, schreibt Gal-Ed zum Schluss ihrer grandiosen Biographie.



Omer Bartov: *Anatomy of a Genocide*. Simon & Schuster, New York 2018, 370 Seiten.

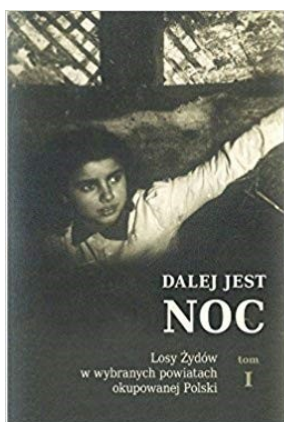
Omer Bartov widmet sich in seiner Monographie *Anatomy of a Genocide: The Life and Death of a Town called Buczacz* (New York 2018) einem ostgalizischen Shtetl, das nach 1918 zur Zweiten Polnischen Republik gehören sollte. Ich halte dieses Buch für eines der wichtigsten Werke zum polnisch-ruthenisch-jüdischen Zusammenleben und zum Genozid an den osteuropäischen Juden. Der Autor liefert eine detaillierte Mikrostudie zur Wirkungsweise nationalistischer Bewegungen in Osteuropa. Bartov hat mehr als zwanzig Jahre

über die jüdische Bevölkerung des an der Strypa gelegenen Städtchens geforscht, aus dem seine eigene Familie stammte. In Buczacz wurde nicht nur Shmuel Yosef Agnon geboren, auch Emanuel Ringelblum, der mit Rochl Auerbach und anderen zum Chronisten der Vernichtung der Warschauer Juden wurde, stammte von hier und auch Simon Wiesenthal. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges lebten im Distrikt Buczacz etwa 50'000 Menschen, die ruthenische Landbevölkerung bildete die Mehrheit. In den 1920er Jahren wohnten in Buczacz selber an die 8'000 Menschen, 50 Prozent davon waren Juden, 30 Prozent Polen und 20 Prozent Ukrainer. In den Wirren des Krieges, der hier sechs Jahre dauerte, wurde Buczacz viele Male von unterschiedlichen Truppen besetzt. Den Russen folgten im Sommer 1915 die Österreicher, die im Oktober 1918 das Land verliessen. Polnische Nationalisten lieferten sich in der Folge blutige Kämpfe mit der neugeformierten ZUNR (*Zakhidno Ukrainska Narodna Respublika*), der Westukrainischen Volksrepublik. Im Sommer 1919 erreichten polnische Soldaten Buczacz, nur um ein Jahr später die Stadt vor anrückenden bolschewistischen Kräften zu verlassen. Schliesslich gelangte der Distrikt 1923 endgültig an Polen, die Ukrainer wurden von den Ententemächten übergangen.

Nach den entsetzlichen Greueln beider Seiten war ein friedliches Zusammenleben kaum mehr vorstellbar. Die jüdischen Bewohner Buczacz' wurden von beiden Seiten als Fremde angesehen, die grundsätzlich dem nationalen Feind zu Diensten waren. Die nächsten zwanzig Jahre sollten die Polen der Stadt die Konditionen des Zusammenlebens diktieren. Gegen Ende der 1930er Jahre führte der zunehmende polnische Antisemitismus zu Aufrufen, die jüdischen Bewohner nach Palästina abzuschicken. Auch von der antipolnischen OUN hatten jüdische Bewohner nichts Gutes zu erwarten.

Zwei umfangreiche Kapitel widmet Bartov der deutschen Besetzung der Stadt zwischen 1941 und 1944. Detailliert geht er auf die deutschen Täter ein, die im Laufe von zwei Jahren weit über 10'000 Juden ermordeten. Bartov hält fest, „most of the perpetrators managed to wriggle out of a leaky judicial system and died peacefully in their beds [...] perpetrators of genocide usually get away with murder“ (230).

Wie verhielten sich die polnischen und ukrainischen Nachbarn? Für einige Schichten, so Bartov, war die Vernichtung „ein Segen“ (a blessing). Sie profitierten vor allem wirtschaftlich vom Genozid. Polnische Quellen berichten über die Aktivitäten von Stepan Banderas OUN, das Los der Juden wird nicht erwähnt. Der polnisch-ukrainische Bürgerkrieg überlagerte jede Anteilnahme an den „fremden“ Juden. In den *bloodlands* war sich jede Nation am nächsten, nur wenige Aufrechte riskierten ihr Leben, um jüdischen Nachbarn zu helfen. Bartov berichtet über alle überlieferten Fälle. Bis heute, so das Schlusskapitel, sei die Region traumatisiert, die Erinnerung an die interethnische Gewalt umstritten und umkämpft.



zus. 1700 Seiten.

Jan Grabowski, Dariusz Libionka, Barbara Engelking (Hg.): *Dalej jest noc.* Centrum Badań nad Zagładą Żydów, Warschau 2018, 2 Bände,

Von diesen Erinnerungen wird auch das heutige Polen immer wieder eingeholt. Die Bereitschaft zur Kollaboration mit den deutschen Besatzern stellt für jedes Land Europas eine Herausforderung dar, in Polen ist das nicht anders als in Norwegen oder Frankreich. Was Polen besonders exponiert, ist der hohe jüdische Bevölkerungsanteil und die lange gemeinsame Geschichte mit den jüdischen Nachbarn. *Nachbarn* hiess auch Jan T. Gross' Studie über die Morde an den Juden von Jedwabne, *Angst* sein Buch über Antisemitismus nach Auschwitz in Polen. Mit zwei gewichtigen Bänden legen nun Barbara Engelking und Jan Grabowski als Herausgeber eine Sammlung minutiöser Studien zu neun polnischen Distriken zwischen 1939 und 1945 vor (*Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski*, Warschau 2018). Untersucht werden die Reaktionen der polnischen Nachbarn auf die Aktion Reinhardt, gefragt wird dabei aufgrund sämtlich zugängli-

cher Quellen, ob und inwiefern polnische Nachbarn ihren jüdischen Mitmenschen zur Hilfe kamen und inwiefern und wie jüdische Flüchtlinge überleben konnten. Keine öffentliche Diskussion wird zukünftig an diesen Ergebnissen vorbeikommen.

Die deutsche Polizeimacht bediente sich polnischer Hilfskräfte, besonders der Freiwilligen Feuerwehr auf den verstreuten Dörfern, um entflohene Juden aufzuspüren. In vielen Orten kam es zu den von Jan Grabowski bereits 2011 beschriebenen Judenjagden (*polowanie na Żydów*). Für jeden Bezirk berechnet das Forscherteam die Anzahl geflüchteter Juden und vergleicht sie mit den Überlebendenziffern. Insgesamt wurden 130'000 jüdische Schicksale untersucht. In Bezirk Bielski Podlaski beispielsweise lebten 1942 22'500 Juden. 1'300 konnten vor den Ghettoliquidationen fliehen, von 321 weiss man, dass sie die Flucht überlebten, 608 wurden von der deutschen Schutzpolizei und ihren polnischen Helfern verraten, gejagt, ausgeliefert und schliesslich ermordet. Über das Schicksal der übrigen Geflüchteten ist nichts bekannt. Die Überlebenden schlossen sich Partisanen an, versteckten sich in den Wäldern oder besorgten sich arische Papiere. In kaum einem der neun Untersuchungsgebiete ist der Anteil überlebender, geflüchteter Juden höher als in Bielski, also dramatisch tief. In einem Gespräch betonte die Herausgeberin Barbara Engelking, dass sie von zwei Ergebnissen ihrer Mikrostudien überrascht war: über den hohen Anteil polnischer Kollaborateure und über diejenigen Menschen zumeist aus kleinbäuerlichen Milieus, die ihr eigenes Leben für jüdische Flüchtlinge aufs Spiel setzten.

Das „jüdische Problem“, schrieb der polnische Jude / jüdische Pole Stanisław Krajewski bereits 1985, sei ein polnisches Problem (man könnte ergänzen, ein europäisches Problem). Noch immer würde für viele Polen das Bild des Juden durch die Figur des *Pankracy* in Krasińskis Stück *Ungöttliche Komödie* von 1835 symbolisiert. Wenig deutet heute darauf hin, dass die offizielle Politik der rechtskonservativen PiS diesem Eindruck aktiv entgegensteuert. Barbara Engelking kommentiert lakonisch: „Von ein paar Vollidioten lasse ich mich nicht aufhalten, noch sind die staatlichen Archive offen“ (NZZ a.S. 15. April 2018).

Kurz, aber heftig und wirksam

Wilfried Loth schildert den „Mai 1968 in Frankreich“

Eine Rezension von Valentin Schönherr

Verglichen mit den 68er Studentenbewegungen anderer Länder beschränkten sich die Vorgänge in Frankreich auf die erstaunlich kurze Zeit von vier bis fünf Wochen. Während in den USA mehrere Protestbewegungen die ganzen 1960er Jahre hindurch ineinandergriffen, während in Westdeutschland bereits 1967 die Studentinnen und Studenten auf die Strasse gingen und mit dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 noch einmal kräftig Öl ins Feuer gegossen wurde, blieb in Frankreich bis zu den ersten Maitagen 1968 alles weitgehend ruhig. Das universitäre Wetterleuchten ab Januar 1968 um Daniel Cohn-Bendit in Nanterre hätte, wie Wilfried Loth in seinem neuen Buch überzeugend darlegt, keineswegs Ausgangspunkt einer Protestbewegung sein müssen, die Hunderttausende junge Leute auf die Strassen brachte, in erbitterte Strassenschlachten mit Barrikadenkämpfen mündete und 7 Millionen französische Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik treten liess. Aber so kam es. Und es war überraschend schnell wieder vorüber.



Wilfried Loth: Fast eine Revolution. campus Verlag, Frankfurt/Main 2018, 326 Seiten.

Loth orientiert sich an der Ereignisgeschichte in chronologischer Abfolge. Aufgrund seiner stupenden Detailkenntnis und der flüssigen Schreibweise ist das ausserordentlich erhellend. So wird anhand ganz konkreter Handlungen und Entscheidungen – manchmal sind auch Missverständnisse oder gezielte Manipulationen im Spiel – plausibel, warum aus dem Relegationsverfahren gegen Cohn-Bendit, der

für mehr Freiheit auf dem Campus gekämpft hatte, am 3. Mai die Besetzung des altherwürdigen Hauptgebäudes der Sorbonne im Pariser Stadtzentrum wurde. Am Demonstrationzug, der sich am 6. Mai durch die Stadt bewegte, nahmen schon 20'000 Menschen teil. Am 10. Mai schlossen sich bereits zahlreiche Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an, und die nächtlichen Strassenschlachten wurden vom Privatfernsehen live begleitet und im ganzen Land wahrgenommen. Bekanntlich sprang der Funke auf die Arbeiterschaft über und führte zu einem Streik, der das Land über einige Tage hinweg lahm legte.

Die Frage, was die Protestierenden eigentlich wollten, beantwortet Loth mit grosser Zurückhaltung. Am 6. Mai liessen die Demonstranten den Präsidentenpalast noch links liegen: „Ihnen geht es nicht [...] um eine direkte Konfrontation mit dem Regime, sondern nur darum, ihre Macht zum Ausdruck zu bringen“ (S. 66). Wenig später aber richteten sich die Proteste gegen Präsident de Gaulle selbst. Denn dessen Konfliktlösungsstrategien („Man kapituliert nicht vor dem Aufruhr! Man diskutiert nicht mit den Aufrührern!“) entsprachen nur zu genau dem, woran sich die Proteste entzündet hatten: Autoritarismus, mangelnde Mitbestimmung, sozialer Paternalismus.

Anschaulich, stellenweise minutiös, schildert Wilfried Loth, wie sich die verschiedenen Parteien und Gruppierungen die Studenten- und Streikbewegung zu Nutze zu machen versuchten, wie die Stimmung in der Bevölkerung nach einigen Wochen kippte und de Gaulle sich noch einmal als Retter der Nation inszenieren konnte. Aber der Sieg war trügerisch – die Beruhigung der Lage schätzte das Wahlvolk durchaus, aber konzeptionell hatte de Gaulle nichts mehr zu bieten. Der Mai 1968 hatte zwar als Bewegung auf den Strassen ein schnelles Ende gefunden, die erkämpften Freiräume des Denkens liessen sich jedoch nicht mehr schliessen. Nicht zuletzt schälte sich in dieser Zeit heraus, dass die linke Opposition von François Mitterrand und keinem anderen angeführt wurde. Bei den Präsidentschafts-

wahlen 1974 scheiterte er nur knapp – der Sieg 1981 war längst überfällig.

Die Zurückhaltung Wilfried Loths in der frankreichzentrierten Deutung der Ereignisse rührt auch daher, dass er wenig abwägt. Kaum je stellt er verschiedene Sichtweisen einander gegenüber. Das öffnet an der einen oder anderen Stelle Raum für Fragen. Auch konzentriert sich die Darstellung über weite Strecken auf eine begrenzte Anzahl Personen, allen voran Daniel Cohn-Bendit, Präsident Charles de Gaulle und Premierminister Georges Pompidou. Wer aber alles bei den Demonstrationen mitlief, und warum – das bleibt recht vage. Wenn die Presse nach der Demonstration vom 6. Mai reklamierte, es habe seitens der Polizei „systematisches Eindre-

schen auf Schwarze und Araber“ gegeben, stellt sich diese Frage sehr handfest. Leider gilt dieses Manko auch für den Titel: Die Diskussion, ob die Proteste tatsächlich soweit kamen, dass es „fast eine Revolution“ gab, bleibt auf halber Strecke stehen.

Insofern ist Wilfried Loths quellengesättigte Darstellung vielleicht nicht das neue Standardwerk zum französischen „Mai 1968“, aber ein kenntnisreiches, mitreissend geschriebenes Buch, das für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für Schülerinnen und Schüler – etwa im Rahmen von Maturarbeiten, Vorträgen, Studienreisen und ähnlichem – sehr nützlich werden kann.

Mediterranean Dialogues – Marseille 2018

Die 25. Jahreskonferenz des europäischen Geschichtslehrerverbands EUROCLIO

Marseille als Konferenzort der diesjährigen Euroclio-Jahrestagung war gut gewählt – das Meer lag in Sichtweite und erinnerte an die hohe Zahl an Menschen, die in den letzten Jahren über das Mittelmeer geflüchtet sind. Geschichtslehrer und -lehrerinnen in ganz Europa haben dies in ihrem Unterricht zum Anlass für aktuelle Bezüge und historische Tiefenbohrungen gleichermaßen genommen. Zudem hält die Stadt attraktive Tagungsorte bereit, so das Musée d'histoire de Marseille und das noch ganz neue Mucem (Musée des Civilisations de l'Europe et de la Méditerranée) in den Mauern der historischen Hafenfestung. Der Auftakt zur Jahrestagung widmete sich dennoch einem ungewöhnlichen und unerwarteten Gegenstand: dem jugoslawischen König Aleksandar I., der am 9. Oktober 1934 in Marseille auf offener Strasse einem Attentat zum Opfer fiel. Keith Brown von der Arizona State University umkreiste in seinem



Abb. 1 Auf den Fundamenten der Vorfahren: Tagungspause am antiken Hafenbecken im Musée d'histoire de Marseille



Abb. 2 Erinnerung und Friedensmahnung zugleich: Denkmal für den 1934 in Marseille ermordeten jugoslawischen König Aleksandar I.

mikrohistorisch orientierten Referat das Ereignis und ein Denkmal, das noch heute sehr prominent in der Nähe des Justizpalasts an einer Strassenkreuzung steht, und deutete es als Ereignis bzw. Zeugnis europäischer Geschichte. Auf dem Denkmal steht in grossen Buchstaben „Pax“: Die Erinnerung an den ermordeten Monarchen wurde erweitert zu einer Mahnung zum Frieden, und dies in einer Zeit, als die Kriegsgefahr in Europa rasant wuchs. Brown berichtete auch, dass 1941, als die deutsche Wehrmacht in Jugoslawien einmarschierte, Bewohnerinnen und Bewohner von Marseille vor diesem Denkmal Blumen niederlegten.

Die Jubiläumsausgabe der grossen Euroclio-Jahrestagung – der Verein wurde 1993 nach dem Ende des Kalten Krieges gegründet, um Brücken vor allem zwischen Geschichtslehrern in Ost- und Westeuropa zu bauen – richtete ihr Programm wie üblich nach mehreren Kriterien aus. Exkursionen durch die Stadt und die nähere Umgebung wurden angeboten, etwa ins Nationale Schifffahrtsmuseum Toulon oder in die Gedenkstätte Camp les Milles bei Aix-en-Provence, das von 1940 bis 1942 erst als französisches Internierungslager für Deutsche, später als Sammellager für Juden vor der Deportation diente.

Zum anderen waren Präsentationen und Diskussionen zu Themen rund um das Mittelmeer



Abb. 3 War noch bis 2006 als Ziegelei in Betrieb: das französische Internierungslager Camp les Milles bei Aix-en-Provence

zu erleben. Schliesslich erhielten verschiedene Bildungsinstitutionen Gelegenheit, ihre Programme vorzustellen und Rückmeldungen einzuholen.

Euroclio öffnet sich seit einigen Jahren für Kontakte zu Partnerorganisationen in der arabischen Welt und in Fernost. So war eine Delegation von der Northeast Asian History Foundation in Südkorea vertreten. Noch stärker in Erscheinung traten Tagungsteilnehmer/innen aus Tunesien, Ägypten, Jordanien und dem Libanon. Sie haben den Horizont wesentlich erweitert, beispielsweise bei einem Workshop über Kontroversen im Geschichtsunterricht. Ulrich Schnakenberg von der Universität Duisburg-Essen (D) diskutierte mit den Anwesenden die Frage, über welche Themen in den jeweiligen Unterrichtskulturen nicht



Abb. 4 Teilnehmer/innen aus Kroatien, Frankreich, Bosnien-Herzegowina und der Schweiz im Pausengespräch

ohne weiteres gesprochen werden könnte. Während in vielen westeuropäischen Ländern kaum Einschränkungen benannt wurden und beispielsweise bei der Leugnung des Holocaust auf die bestehende Gesetzeslage verwiesen werden kann, berichtete eine Kollegin aus Tunesien, dass es für sie dort ganz im Gegenteil sehr schwierig sei, das Thema Holocaust im Unterricht überhaupt anzusprechen.

Wie immer bei den Euroclio-Veranstaltungen war ein ganz zentraler Teil der informelle Austausch in den Pausen und an den Abenden, und sie wurden von den rund 150 Tagungsgästen aus 30 europäischen und zahlreichen aussereuropäischen Ländern rege

genutzt.

Aber es gab nicht nur Kontinuität. Die langjährige Vorstandsvorsitzende Loa Kristjansdottir aus Island konnte laut Satzung nicht erneut für diesen Posten kandidieren. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige Stellvertreter Mire Mladenowski aus Mazedonien gewählt. Und Jonathan Even Zohar, der als Direktor der Euroclio-Geschäftsstelle in Den Haag ganz wesentlich dafür gesorgt hat, dass die Veranstaltungen der letzten Jahre spannend, integrativ und humorvoll verlaufen sind, trat aus persönlichen Gründen von seinem Posten zurück. Ein Nachfolger ist bisher nicht gefunden, kommissarisch versieht diese Funktion Steven Stegers.

Bericht: Valentin Schönherr

Foto 1-3: vs., Foto 4: Kiki Sakka, Foto 5: euroclio.eu



Abb. 5 Der neue Euroclio-Vorstand (von links): Frank van den Akker, Sinéad Fitzsimons, Mire Mladenowski, Riitta Mikkola, Paolo Ceccoli.

Jahresbericht des Vorstandes 2017/18

1. Mitglieder

Der Mitgliederbestand des VSGS ist mit 277 Mitgliedern (Stand September 2018) im Vergleich zu den Vorjahren zwar leicht zurückgegangen, bleibt aber insgesamt relativ stabil.

2. Vorstand

Der Vorstand des VSGS setzte sich im Vereinsjahr 2017/18 aus Sebastian Lamm, Daniela Zunzer, Markus Holenstein, Valentin Schönherr und Martin Pryde zusammen. Mit der Generalversammlung vom 22.9.2017 wurde Valentin Schönherr (MNG) offiziell neu in den Vorstand des VSGS gewählt. Martin Rüesch (KZN) war bei einer Vorstandssitzung mit dabei, kann aber aufgrund seiner Arbeitsbelastung nicht im Vorstand mitarbeiten. Der Vorstand ist ständig auf der Suche nach neuen Mitgliedern, doch gestaltet sich diese Suche schwierig.

Der Vorstand hat sich im Jahr 2017/18 am 22.9.17 (GV), am 27.2.18, am 15.5.18 sowie ein letztes Mal am 21.8.2018 getroffen.

3. Aktivitäten und Ausblick

Newsletter

Im Vereinsjahr 2017/18 verschickte der Vorstand vier Newsletter in elektronischer Form an alle Mitglieder mit Informationen zu aktuellen Weiterbildungen, Veranstaltungen sowie Hinweisen zu verschiedenen Materialien.

Bulletin

Im Oktober 2018 verschickten wir das jährlich erscheinende Bulletin – wie schon im letzten Jahr – in Papierform. Das letztjährige Bulletin stiess auf sehr gute Rückmeldungen, weshalb die Struktur nur leicht überarbeitet wurde. Valentin Schönherr konnte dabei viele Autoren für die Beiträge gewinnen, so dass sich ein sehr interessantes Bulletin ergab. Das Bulletin fokussierte dabei auf das Thema Friedensschlüsse und beleuchtete die Thematik aus sehr unterschiedlichen Perspektiven.

Euroclio

An der Jahrestagung vom 21.-26.4.2018 von Euroclio in Marseille war der Vorstand des VSGS durch Daniela Zunzer und Valentin Schönherr vertreten.

Weiterbildungen

Die Ausschreibungen über die Webpalette funktionierten soweit gut. Daniela Zunzer und Markus Holenstein betreuen die Ausschreibungen für unseren Verein vorbildlich und schreiben selbst auch aktiv sehr interessante Kurse aus. Auf die Weiterbildungen wird jeweils im Newsletter hingewiesen.

VSG

Der Vorstand nimmt jeweils an den Sitzungen des Präsidententreffens des Dachverbandes VSG teil. Im kommenden Jahr steht als grössere Aufgabe die Überarbeitung des Rahmenlehrplanes an, bei dem der VSG sich aktiv einbringen will. Zu gegebener Zeit können sich die Fachverbände zu dieser Überarbeitung einbringen.

Anfragen

Verschiedene Personen und Institutionen haben sich mit der Bitte an uns gewendet, auf neues Material aufmerksam zu machen. Wo immer das mit unserem Vereinszweck kompatibel war, sind wir dieser Bitte nachgekommen. Einige Anfragen würden gerne die Mailadressen der Mitglieder erhalten. Diese Anfragen werden immer mit dem Hinweis auf den Datenschutz abgelehnt.

Vereinsexkursion

Da die letztjährige Exkursion inkl. GV im Puschlav bei den anwesenden Mitgliedern auf sehr positives Echo stiess, hat sich der Vorstand entschieden, auch in diesem Jahr eine kleine Exkursion auszusprechen. Daher findet in diesem Jahr eine Exkursion nach Hohenems am 23.-24. November inkl. GV statt. Der VSGS unterstützt dabei die Teilnahme seiner Mitglieder an dieser Exkursion durch die Übernahme der Übernachtungskosten. Alle Mitglieder werden per Mail auf dieses Angebot hingewiesen. Als Werbung für den Verein wird die Ausschreibung zusätzlich an weitere GeschichtslehrerInnen versandt, die nicht im Verein sind.

Gez. Martin Pryde
Präsident VSGS

VSGS Verein Schweizerischer GeschichtslehrerInnen

Erfolgsrechnung 2018 (per 16.09.2018)

	Ausgaben	Einnahmen
Saldovortrag 2017		45'769.76
Bulletin 2017	2'203.95	
Euroclio	0.00	
Histomat	100.70	
Quellensammlung Notz	5000.00	
VSGs-Mitgliederbeiträge /SGG		6'397.50
HV 2017	1'805.30	
Vorstand (Sitzungen, Spesen)	852.80	
Kontoführung	13.00	0.00
	<hr/>	<hr/>
	9'975.75	52'167.26
Saldovortrag 18		42'191.51
Ertragsminus 2018		-3'578.25

Voraussichtliche Kosten bis Ende Dez. 2018

Bulletin 2018	2'500.00
GV 2018 Raummiete, Spesen	1'500.00
Euroclio	280.00
	<hr/>
voraussichtl. Ertragsminus 2018	-7'858.25

St. Gallen, 16. September 2018

Kassier VSGS (Sebastian Lamm)

Zürich, September 2018

Generalversammlung vom 23. November 2018

Ort: Hohenems, Hotel Café Schatz
Zeitpunkt: 19.30 bis ca. 20.15 Uhr

Traktanden

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Protokoll der GV vom 22. September 2017 in Poschiavo
(liegt bei)
3. Jahresbericht des Vorstands 2017/18 (liegt bei)
4. Rechnung 2017/18 und Budget 18/19 (liegt bei)
5. Bulletin 2018
6. Mitteilungen aus der Präsidentenkonferenz
7. Weiterbildungen 2019
8. Mitgliederwerbung VSGS
9. Varia

gez. Martin Pryde
Präsident VSGS



Hohenems / Vorarlberg

Vereinsexkursion des VSGS (inkl. GV)

23./24.11.2018

Hohenems? Ja, Hohenems. Die kleine Stadt in Vorarlberg ist ein historisch-kulturelles Kleinod. Das Jüdische Museum strahlt mit seinen innovativen Ausstellungen und beeindruckenden Begleitprogrammen weit über die Stadt hinaus.

Hanno Loewy, Gründungsdirektor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt, leitet das Museum, dessen Ruf seit einigen Jahren weit über Hohenems hinausstrahlt, seit 2004.

Die Dauerausstellung in der 1864 erbauten Villa Heimann-Rosenthal dokumentiert die Geschichte der jüdischen Gemeinde Hohenems, die über drei Jahrhunderte bis zu ihrer Vernichtung in der NS-Zeit existierte. Und erzählt von den Anfängen der Nachkriegszeit und vom Leben der Hohenemser Diaspora.

Gleich gegenüber von Diepoldsau gelegen, ist es auch die Region, in der Paul Grüninger während des NS zahlreichen Juden eine Einreise in die Schweiz ermöglichte.

In den letzten Jahren hat in Hohenems ein interessanter Erneuerungsprozess begonnen, der vom ehemaligen jüdischen Viertel ausgehend die gesamte Innenstadt erfasst hat. Neue Geschäfte und Lokale sowie interessante architektonische Lösungen sind entstanden.

Wir haben uns daher entschieden, die diesjährige Exkursion und GV unseres Vereins in Hohenems durchzuführen. Wir werden uns mit der Geschichte der jüdischen Gemeinde dieses Ortes wie auch mit ganz aktuellen Entwicklungen beschäftigen, selbstverständlich die aktuelle Ausstellung des Museums besuchen und uns mit den dramatischen Ereignissen an der Grenze zwischen 1938 und 1945 beschäftigen.



Programm der Exkursion:

Freitag 23.11.	<ul style="list-style-type: none">• Anreise mit dem ÖV oder mit dem Privatauto nach Hohenems• Treffpunkt: 15.45 Uhr vor dem Jüdischen Museum Hohenems• 16 Uhr: Rundgang durch die Dauerausstellung des Museums mit einer Vorstellung der Vermittlungsprogramme (ca. 1,5h)• Erkundung der aktuellen Ausstellung „Sag Schibbolet. Von sichtbaren und unsichtbaren Grenzen“• 19.30 Uhr: gemeinsames Abendessen Anschliessend GV des VSGS• Übernachtung in Hohenems (Café Hotel Schatz)
Samstag, 24.11.	<ul style="list-style-type: none">• 9.00 Uhr: Gang durch das Jüdische Viertel mit einem Besuch der ehemaligen Synagoge und der Mikwe• 10.00 Uhr: Pause• 10.30 Uhr: Gesprächsrunde zur aktuellen Entwicklung von Hohenems mit Hanno Loewy und einem Architekten / Stadtentwickler• 11.30 Uhr: Mittagspause• 13.30 – 15.30 Uhr: Gang entlang der Fluchtwege von 1938 mit Vorstellung des dramapädagogischen Programms für SchülerInnen• Ca. 15.30 Uhr: Ende des gemeinsamen Programms

Kosten:

- Anreise und Abend- sowie Mittagessen erfolgen auf eigene Kosten
- Kulturelles Programm: 35 € pro Person (Bitte nehmen Sie den Betrag einfach mit auf die Exkursion, damit wir vor Ort abrechnen können.)
- Die Kosten der Übernachtung übernimmt der VSGS. Bei kurzfristiger Absage müssen eventuelle Stornogebühren getragen werden.

Anmeldung:

Ab sofort möglich bis 15.10.2018

Per Mail an info@histomat.ch oder direkt an Martin Pryde (Präsident VSGS)

martin.pryde@kanti.sh.ch

Bitte Zimmerwunsch (EZ / DZ) angeben.